

# Jahresbericht 2014

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

---

# INHALT

Highlights	3
Editorial	5
Entwicklungspolitisches Umfeld	6
<b>KRISENPRÄVENTION UND NOTHILFE</b>	<b>8</b>
– Hilfe für Menschen auf der Flucht vor Kriegen und Katastrophen	
– Wasserversorgung für syrische Flüchtlinge im Libanon	
– Schweizer Engagement im fragilen Kontext: Ein Lagebericht aus Mali	
<b>ZUGANG ZU RESSOURCEN UND DIENSTLEISTUNGEN</b>	<b>14</b>
– Bäuerlichen Kleinbetrieben zum Erfolg verhelfen	
– Bildung für Afghanistans Kinder	
– Im Kampf gegen Ebola auf starke Gesundheitssysteme setzen	
Forschungsfenster	20
Kulturfenster	22
Wo wir arbeiten	24
<b>NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM</b>	<b>26</b>
– Mehrwert schaffen durch Innovationen mit dem Privatsektor	
– Herausforderungen der Urbanisierung meistern	
– Kolumbiens Aufbruch zur Innovations- und Wissensgesellschaft	
<b>DEMOKRATIE UND MARKTWIRTSCHAFT</b>	<b>32</b>
– Berufsbildung und Jugendbeschäftigung schaffen Perspektiven	
– Für ein sicheres und demokratisches Europa	
– Mehr Effizienz in Indonesiens öffentlichem Finanzwesen	
<b>ENTWICKLUNGSFÖRDERNDE GLOBALISIERUNG</b>	<b>38</b>
– Das Potenzial der Arbeitsmigration erkennen und nutzen	
– Vom Dorfbrunnen zum Wassersystem: Ein Modell in Peru macht Schule	
– Green Climate Fund: Investitionen für mehr Klimaschutz	
Unsere Partner	44
DEZA und SECO in Kürze	46
Statistiken 2014	47
Impressum	

# HIGHLIGHTS



## HILFE FÜR MENSCHEN AUF DER FLUCHT VOR KRIEGEN UND KATASTROPHEN

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht vor Kriegen und Katastrophen wie heute. Für die Schweiz ist der Schutz der gefährdeten Bevölkerung ein zentrales Anliegen ihres humanitären Engagements. Sie arbeitet zusammen mit ihren Partnern gegen Not und Elend der betroffenen Menschen vor Ort. (S. 8)



## BÄUERLICHEN KLEINBETRIEBEN ZUM ERFOLG VERHELFFEN

Im Kampf gegen Armut und Mangelernährung kommt der kommerziellen Landwirtschaft eine wichtige Rolle zu. Doch vielen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fehlen der Zugang zu Krediten und marktwirtschaftliche Erfahrung. Im internationalen Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe setzte die Schweiz ihr langjähriges Engagement zur Stärkung der Bäuerinnen und Bauern fort. (S. 14)



## MEHRWERT SCHAFFEN DURCH INNOVATIONEN MIT DEM PRIVATSEKTOR

Wirtschaftliches Wachstum ist Grundvoraussetzung für Wohlstand und Entwicklung. Aber Wachstum allein verringert wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten nicht und findet zu oft auf Kosten der Umwelt statt. Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung setzt die Schweiz auf Partnerschaften mit dem Privatsektor. (S. 26)



## BERUFSBILDUNG UND JUGENDBESCHÄFTIGUNG SCHAFFEN PERSPEKTIVEN

Hohe Jugendarbeitslosigkeit plagt viele Entwicklungs- und Transitionsländer. Auch im Westbalkan finden viele Jugendliche keine Arbeit, die ihren Fähigkeiten entspricht. In ihrem Engagement für mehr Jugendbeschäftigung nutzt die Schweiz Elemente des eigenen Berufsbildungssystems und fördert die Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand. (S. 32)



## DAS POTENZIAL DER ARBEITSMIGRATION ERKENNEN UND NUTZEN

Arbeitsmigrantinnen und -migranten tragen oft substantiell zur Entwicklung ihrer Herkunfts- und Zielländer bei. Ihre Rechte sind jedoch häufig ungenügend geschützt. Die Schweiz engagiert sich daher für sichere Migrationsprozesse und bessere rechtliche und materielle Rahmenbedingungen für Migrantinnen und Migranten. (S. 38)



Das entwicklungspolitische Umfeld ist nach wie vor von globalen, komplexen Herausforderungen geprägt, in denen wohlhabende, aufstrebende und arme Länder gleichermassen verhandelt sind. Dieser interdependenten Realität soll auch die Post-2015-Agenda, die künftige Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele definiert, Rechnung tragen.



**Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch**  
Staatssekretärin, Direktorin SECO

**Manuel Sager**  
Botschafter, Direktor DEZA

## Liebe Leserinnen, liebe Leser

Im September 2000 setzte sich die internationale Gemeinschaft am Millenniumsgipfel der UNO in New York bekanntlich acht Entwicklungsziele (MDGs), die bis 2015 erreicht werden sollten. Oberstes Ziel war die Halbierung der extremen Armut in der Welt. 2014 und 2015 sind somit Jahre des Übergangs, die gleichzeitig Gelegenheit bieten zum Rückblick auf Erreichtes und zum Ausblick auf die Herausforderungen, die im Kampf gegen die Armut und ihre Auswirkungen verbleiben.

Insgesamt darf mit einer gewissen Befriedigung festgestellt werden, dass in den letzten zwei Jahrzehnten in vielen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit beachtliche Fortschritte erzielt werden konnten. So halbierte sich der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, zwischen 1990 und 2010 von 43 auf 21 Prozent. Die Zahl der chronisch Hungernden ist weltweit gesunken. Die Kindersterblichkeit konnte ebenfalls halbiert und die Müttersterblichkeit fast halbiert werden. Ein Drittel der Menschheit hat seit 1990 verbesserten Zugang zu Wasser erhalten.

Mit ihrem Engagement konnten die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) massgeblich zu diesen Erfolgen beitragen. Auch 2014 gingen wir die Armutsbekämpfung und die Förderung der nachhaltigen Entwicklung mit einer breiten Palette von Instrumenten an. Wichtig war und ist dabei immer die Abstimmung auf die von unseren Partnerländern selber definierten Bedürfnisse. Wir haben darüber hinaus humanitäre Nothilfe für die Opfer von Kriegen und Naturkatastrophen geleistet sowie zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Integration benachteiligter Gruppen, vor allem von Frauen, beigetragen. Wir haben ausserdem im Einsatz gegen die weltweite Jugendarbeitslosigkeit unser Engagement in der Berufsbildung weiter erhöht und wichtige Beiträge zur Lösung von globalen Herausforderungen wie Finanz- und Wirtschaftskrisen, Wasserknappheit, Gesundheit, Ernährungssicherheit, Klimawandel und Migration geleistet.

Doch trotz der genannten Fortschritte sieht sich die Welt noch immer mit grossen Problemen konfrontiert. Die Reduktion der Kinder- und

Müttersterblichkeit ist noch weit von den in den MDGs gesteckten Zielen entfernt. Noch immer leiden über 800 Millionen Menschen chronisch an Hunger. Die gewaltsamen Konflikte haben in den letzten Jahren weiter zugenommen, und gerade bei der Gesundheitsversorgung, beim Klimaschutz und bei der Lösung sozialer Ungleichheiten besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf. Schliesslich hat die Armut zwar insgesamt in den letzten Jahren abgenommen, doch leben weltweit noch immer über zwei Milliarden Menschen in Ländern niedrigen und mittleren Einkommens, die mit weniger als zwei US-Dollar am Tag auskommen müssen. Gleichzeitig hat die Abnahme der Armut nicht zu einer Verminderung von Ungleichheiten beigetragen.

Oberstes Ziel der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit bleibt es, unsere Partnerländer darin zu unterstützen, nicht nur Wohlstand zu schaffen, sondern auch Wohlergehen. Das kann nur geschehen, wenn Wirtschaftswachstum allen dient und nicht zu Lasten unserer natürlichen Lebensgrundlagen erfolgt.

2014 hat die Staatengemeinschaft mit der Ausarbeitung der Sustainable Development Goals (SDGs) im Rahmen der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung begonnen. Diese Agenda und das ergänzende Rahmenwerk für die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung bieten eine neue Chance, das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung im breiten Konsens zu verwirklichen. Dabei ist wichtig zu erkennen, dass die Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung universeller Natur sind. Jedes Land soll zur Erreichung der globalen Ziele beitragen, wobei die unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten zu berücksichtigen sind. Globale Risiken können nur in einer breiten Partnerschaft von staatlichen Akteuren, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft Erfolg versprechend angegangen werden.

Für die internationale Zusammenarbeit der Schweiz ist dieses Bewusstsein um die Wichtigkeit von Partnerschaften längst zur gelebten Realität geworden. Wir werden diese bewährten Formen der Zusammenarbeit in Zukunft noch weiter ausbauen und mit den dadurch neu gewonnenen Erkenntnissen die internationalen Diskussionen zur Umsetzung der Post-2015-Agenda aktiv mitgestalten.

## Globale Risiken und fragile Kontexte fordern internationale Zusammenarbeit

Grenzübergreifende, komplexe Herausforderungen prägten auch 2014 das entwicklungspolitische Umfeld.

Diesen begegnet die Schweiz mit Massnahmen, die den vernetzten Zusammenhängen Rechnung tragen.

Die Herausforderungen, mit denen die internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2014 konfrontiert war, verdeutlichen die Brüchigkeit des entwicklungspolitischen Umfelds: Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt weiter zu, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigen sich instabil, natürliche Ressourcen werden knapper, Pandemien, Konflikte und extreme Wetterereignisse bleiben unerbittlich. Zugleich haben diese Herausforderungen bestätigt, dass das integrative und auf Kohärenz ausgelegte Vorgehen der Schweiz wichtig und richtig ist. So haben die DEZA und das SECO in verschiedenen Bereichen eng miteinander sowie mit anderen Diensten des Bundes zusammengearbeitet. In ihrer Herangehensweise haben sie zudem gezeigt, wie sich die öffentliche Hand, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft wirkungsvoll ergänzen können. Die in Erarbeitung stehende Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 soll diese Bemühen weitertragen und die Kohärenz der Schweizer Aussen- und Wirtschaftspolitik im Bereich der internationalen Zusammenarbeit begünstigen.

### Jahr der multidimensionalen Krisen

Das Jahr 2014 war durch eine Anhäufung von Krisen und weltpolitische Volatilität gekennzeichnet, bei denen geopolitische Interessen sowie fehlende staatliche oder zivilgesellschaftliche Systeme zur Krisenbewältigung weiterhin eine grosse Rolle spielen. Nebst den vier grossen humanitären Katastrophen in Syrien, im Irak, im Südsudan und in der Zentralafrikanischen Republik prägte auch die Ebola-Epidemie das Krisenjahr. Diese humanitären Notfälle verlangen nicht nur nach unmittelbaren Reaktionen, sondern sie ziehen auch längerfristige Konsequenzen für die betroffenen Bevölkerungen nach sich und treffen gerade die Ärmsten besonders hart.

Die Herausforderungen liegen denn auch darin, humanitäre Hilfe, friedensfördernde und friedensentwickelnde Massnahmen für ein langfristiges Engagement der Schweiz miteinander zu

verbinden und einzusetzen. Das beinhaltet neben einem Beitrag zur Staatenbildung, guten Regierungsführung und Stärkung der Zivilgesellschaft auch nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine entwicklungsfördernde, umweltschonende und sozialverträgliche Globalisierung.

### Landkarte der weltweiten Armut im Umbruch

Während die verschiedenen Krisen die Bedingungen für die Ärmsten zusätzlich verschärfen, befindet sich die Geografie der Armut weiterhin im Wandel. Heute lebt rund ein Drittel der Ärmsten weltweit, etwa 350 Millionen Menschen, in von Fragilität und Konflikt betroffenen Staaten. Diesen widmet die Schweiz besondere Aufmerksamkeit. Das Engagement in fragilen Kontexten setzt Innovationsbereitschaft, umfangreiches Risikomanagement, Geduld und Beharrlichkeit – Stärken und Qualitätsmerkmale der Schweizer internationalen Zusammenarbeit – voraus. Der Aufbau und die Stabilisierung staatlicher Strukturen zum Beispiel brauchen Zeit und das Vertrauen der Bevölkerung.

### Vielzahl von Akteuren erhöht Komplexität

Obwohl sich die Quote extremer Armut zwischen 1990 und 2010 weltweit halbiert hat, profitieren vom Wachstum nicht alle gleich. Deshalb bleiben Unterschiede zwischen Ländern, Regionen und sozialen Gruppen markant. Durch diesen Wandel der weltweiten Armut bleiben die Einsatzländer der DEZA und des SECO uneinheitlich. Auch das Engagement in Schwellenländern hat heute eine wichtige Bedeutung: Es bietet die Chance, chronische Armut und Ungleichheiten zu beseitigen, globale öffentliche Güter zu schützen und grosses Wirkungspotential wahrzunehmen. Gerade in solchen Umfeldern ist eine umsichtige wirtschaftliche Zusammenarbeit ausschlaggebend.

Schwellenländer, die zusehends eigene Entwicklungsagenturen aufbauen, spielen indes auch als Geber eine wichtige Rolle. Das Engagement von

Schwellenländern als Geberparteien bringt dabei positive Aspekte mit sich: die lange Tradition der Süd-Süd Kooperation, Erfahrungen aus der eigenen Transformation und die kulturelle Nähe zueinander. Doch sind auch klare Eigeninteressen vieler Geber als Herausforderungen im Auge zu behalten. Das entwicklungspolitische wie auch humanitäre Umfeld ist somit durch die Vielzahl der Akteure multipolar und heterogen. Die Schweiz begegnet dieser Vielfalt von Akteuren mit einer engeren Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

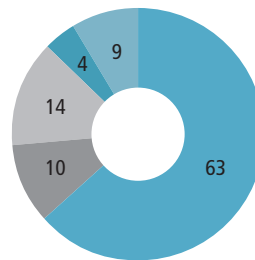
**Globale Herausforderungen im Brennpunkt**

Weiterhin spielen auch weltumfassende Themen eine wichtige Rolle, denn internationale Finanz- und Wirtschaftskrisen und globale Herausforderungen in den Bereichen Klimawandel, Wasser, Ernährungssicherheit, Migration und Gesundheit beeinflussen nicht nur die Entwicklung armer Länder, sondern sie haben eine potentiell weltweite Ausstrahlungskraft. Sie beachten Grenzen nicht, tangieren Länder unterschiedlich und überfordern die Handlungsfähigkeit einzelner Staaten. Damit fordern globale Risiken die internationale Zusammenarbeit besonders und verlangen nach langfristigem Denken und innovativen Ansätzen.

**Hin zu einer nachhaltigen Entwicklungsagenda**

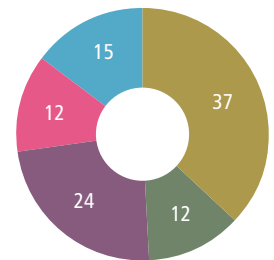
Ein weiterer Schwerpunkt bildete 2014 die Agenda für eine Nachhaltige Entwicklung, die sogenannte Post-2015-Agenda. Sie löst die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) durch ein universell gültiges Rahmenwerk mit geteilten Verantwortungen ab. Das bedeutet, dass alle Länder zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung beitragen sollen. Die inhaltliche Neuausrichtung umfasst die drei Dimensionen Soziales, Wirtschaft und Umwelt. Durch eine Diversifizierung bestehender Ansätze soll die Post-2015-Agenda dem globalen Kontext Rechnung tragen – unter Mitbezug aller Akteure.

**ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE (APD) DER SCHWEIZ 2014 (IN %)**



- DEZA
- SECO
- Asylsuchende (BFM)
- Frieden und Sicherheit (AMS/VBS)
- Andere

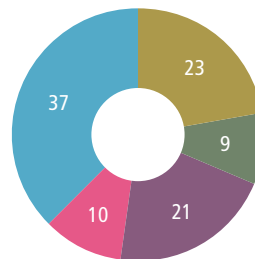
**DEZA BILATERAL GEOGRAFISCHE AUFTEILUNG 2014<sup>1</sup> (IN %)**



- Subsahara-Afrika
- Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten
- Asien
- Lateinamerika
- Osteuropa und GUS

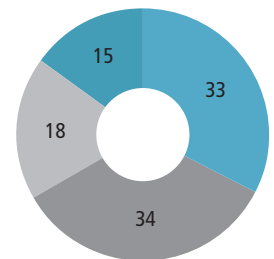
<sup>1</sup> Exkl. geografisch nicht zuteilbare Beiträge und EU-Erweiterungsbeitrag

**SECO BILATERAL GEOGRAFISCHE AUFTEILUNG 2014<sup>1</sup> (IN %)**



- Subsahara-Afrika
- Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten
- Asien
- Lateinamerika
- Osteuropa und GUS

**MULTILATERALE APD DER SCHWEIZ 2014 (IN %)**



- UNO-Organisationen
- Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)
- Internationale Finanzierungsinstitutionen (exkl. IDA)
- Andere internationale Organisationen

<sup>1</sup> Exkl. geografisch nicht zuteilbare Beiträge und EU-Erweiterungsbeitrag

## KRISENPRÄVENTION UND NOTHILFE



Eine junge Mutter aus Syrien hält im irakischen Flüchtlingscamp Domiz ihr schlafendes Kind auf dem Arm. Der seit nunmehr vier Jahren anhaltende Bürgerkrieg in Syrien hat in der Region rund 15,5 Millionen Menschen von Nothilfe abhängig gemacht. Viele sind auf der Flucht, während die Nachbarländer Syriens bereits über 3,3 Millionen Flüchtlinge aufgenommen haben. Beinahe 40 Prozent davon sind Kinder unter 12 Jahren.



---

## HILFE FÜR MENSCHEN AUF DER FLUCHT VOR KRIEGEN UND KATASTROPHEN

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht vor Kriegen und Katastrophen wie heute. Für die Schweiz ist der Schutz der gefährdeten Bevölkerung ein zentrales Anliegen ihres humanitären Engagements. Sie arbeitet zusammen mit ihren Partnern gegen Not und Elend der betroffenen Menschen vor Ort.

---

Von Asien bis Afrika – in weiten Teilen der Welt sind Menschen auf der Flucht vor Krisen, bewaffneten Konflikten und Naturkatastrophen. Das Ausmass der Vertreibung hat 2014 einen traurigen Rekord erreicht: Laut den Vereinten Nationen (UNO) mussten weltweit etwa 57 Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen. Das sind so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.

Auch sah sich die internationale Gemeinschaft im Jahr 2014 einer steigenden Zahl humanitärer Krisen gegenüber: Syrien, Südsudan, die Zentralafrikanische Republik und Irak sind Schauplätze von Gewalt an Zivilpersonen. Auf der Suche nach Sicherheit mussten im vergangenen Jahr zusätzlich 6 Millionen Personen ihr Zuhause verlassen und sich in eine höchst unsichere Zukunft begeben. Weltweit leben nun rund 18 Millionen Flüchtlinge nicht mehr in ihrer Heimat. Die Zahl der Binnenvertriebenen ist mit 39 Millionen sogar noch um ein Vielfaches höher.

### **Schauplätze der Vertreibung**

Die Hauptursache für die wachsenden Flüchtlingsströme ist die andauernde Krise in Syrien, welche die Region vor noch nie dagewesene humanitäre Herausforderungen stellt. Insgesamt sind über 11 Millionen Syrerinnen und Syrer auf der Flucht, davon fast 8 Millionen Binnenvertriebene. Diese Menschen verfügen oft weder über die nötige Kraft noch die Möglichkeit, einen langen Weg anzutreten. Sie sind damit beschäftigt, ihr tägliches Überleben zu sichern. So suchen sie entweder in ihrem Heimatland oder einem unmittelbaren Nachbarland Schutz. Aus diesem Grund

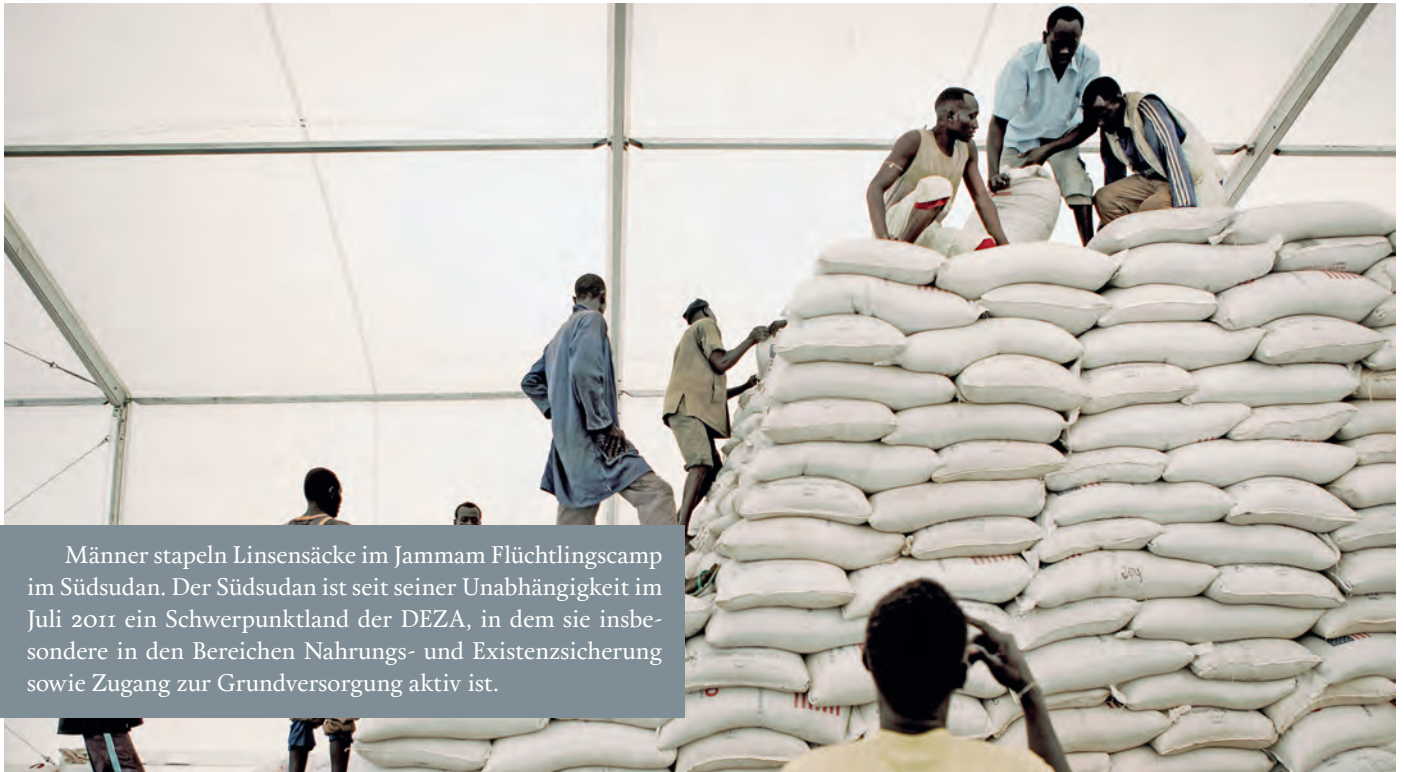
sind es die Nachbarstaaten Jordanien, Ägypten, der Libanon und die Türkei, welche die meisten Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen.

Im Libanon hat diese Zahl inzwischen knapp 1,2 Millionen erreicht. Heute ist jede vierte Person in diesem Land ein syrischer Flüchtling. Chadia el Khoder ist eine von ihnen. Sie floh vor zweieinhalb Jahren mit ihren fünf Söhnen von Syrien in den Libanon. «Ich war schwanger und mein Mann schickte mich und die Kinder fort. Er selbst wollte unser Hab und Gut verkaufen und dann nachkommen», erzählt die 31-Jährige aus Homs. Ihr Mann schaffte es jedoch nie über die Grenze; er wurde bei einem Bombenanschlag auf eine Moschee getötet. Chadia kam bei einer der vielen libanesischen Gastfamilien unter.

### **Steigende humanitäre Bedürfnisse**

Trotz der Schlagzeilen aus dem Mittleren Osten befinden sich die grössten Flüchtlingslager der Welt noch immer am Horn von Afrika. In Dadaab im Norden Kenias sind seit Anfang der 1990er Jahre somalische Flüchtlinge auf engstem Raum der Hitze und Trockenheit ausgesetzt. Aktuell liegt die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner von Dadaab immer noch bei rund 340 000 Flüchtlingen.

Weltweit leben rund 86 Prozent der Vertriebenen in einem Entwicklungsland. Diese Länder verfügen selbst oft nicht über genügend Ressourcen und Kompetenzen, und kommen durch die Aufnahme von Flüchtlingen schnell an ihre Grenzen. Sie sind auf die Hilfe und Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen, um nicht ebenfalls in



Männer stapeln Linsensäcke im Jammam Flüchtlingscamp im Südsudan. Der Südsudan ist seit seiner Unabhängigkeit im Juli 2011 ein Schwerpunktland der DEZA, in dem sie insbesondere in den Bereichen Nahrungs- und Existenzsicherung sowie Zugang zur Grundversorgung aktiv ist.

einer Spirale von Fragilität und Gewalt zu versinken. Die steigenden humanitären Bedürfnisse reflektieren sich auch in den Hilfsaufrufen der UNO und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), die auf immer mehr Mittel angewiesen sind.

#### **Schweizer Engagement vor Ort**

Auch die Schweiz ist gefordert, ihre Verantwortung gegenüber den Menschen in Not wahrzunehmen. Sie führte mit dem Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) Projekte durch und unterstützte die humanitären Organisationen der UNO im Jahr 2014 durch die Entsendung von insgesamt 80 Expertinnen und Experten des SKH. Einer von ihnen ist der Tessiner Andrea Cippà. In Gambella in Westäthiopien unterstützte er das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR bei der Planung von Lagern für südsudanesische Flüchtlinge.

«Mit einem Flutsimulationsprogramm konnte ich den Regierungsstellen zeigen, dass einige der Lagerplätze Überschwemmungen ausgesetzt waren und so die Verantwortlichen dazu bewegen, diese an günstigeren Stellen anzulegen», sagt Cippà. Für die Nachhaltigkeit seiner Tätigkeit schulte er lokale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Anwendung des Programms. Dabei

wurde auch darauf geachtet, dass die Lager für die Flüchtlinge sicher sind und insbesondere Frauen über eine minimale Privatsphäre für ihre hygienischen Bedürfnisse verfügen.

**«Die meisten Vertriebenen leben in einem Entwicklungsland. Diese Länder kommen durch die Aufnahme von Flüchtlingen schnell an ihre Grenzen und sind auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft angewiesen.»**

Die Schweiz leistete auch finanzielle Beiträge an humanitäre Partnerorganisationen und unterstützte sie mit Hilfsgüterlieferungen. So wurden beispielsweise auf Anfrage des UNHCR winter-taugliche Zelte, Heizöfen, Decken, Schlafmatten und Kochsets für 1300 vertriebene Familien im kurdischen Norden Iraks versandt.

#### **Widerstandsfähigkeit stärken**

Zusätzlich zur humanitären Nothilfe setzt die Schweiz mit ihren Partnern Projekte um, die der Stärkung der betroffenen Staaten und Gemeinschaften dienen. Diese sollen vor allem lokale staatliche Kompetenzen aufbauen und fördern,

um den vertriebenen Menschen wieder zu einem normalen Leben nach der Flucht zu verhelfen. So hat die Schweiz im Flüchtlingslager Kakuma im Norden Kenias mit einer Schweizer Nichtregierungsorganisation ein Projekt implementiert, durch das sich junge Leute in praktischen Kursen handwerkliche Fähigkeiten aneignen.

Dank der Vertretungen vor Ort und dem Einsatz von SKH-Expertise kann die humanitäre Hilfe der Schweiz auf fundierte Kenntnisse über die lokalen Begebenheiten und Bedürfnisse zurückgreifen. Das ermöglicht ihr ein rasches und situationsgerechtes Handeln. Die Schweiz genießt nicht zuletzt deshalb eine hohe Glaubwürdigkeit im internationalen humanitären System. Diese nutzt sie, um sich angesichts der grossen Herausforderungen auf internationaler Ebene für eine koordinierte und effiziente Hilfe für Menschen in Not einzusetzen.

#### **Konfliktursachen angehen und Frieden fördern**

Die Schweiz fördert in fragilen Kontexten aber auch die langfristige Friedensentwicklung und Staatsbildung. Politik- und Konfliktberatung, persönliche Sicherheit der Menschen vor Ort, Zugang zur Justiz, Arbeitsplatzbeschaffung und staatliche Dienstleistungen sind Kernelemente ihres Engagements. Mit diesem unterstützt die Schweiz die betroffenen Länder darin, die Fragilität zu überwinden und zu verhindern, dass humanitäre Krisen zu einem Dauerzustand werden.

Ein Beispiel dafür zeigt sich in der Region Grosse Seen in Afrika, wo über die Hälfte der 850 Landkonflikte mit Hilfe eines von der DEZA unterstützten Kommissionssystems friedlich beigelegt wurden. In Nordafrika wiederum half die Schweiz der

**«Die Schweiz hilft Menschen in Not. Sie leistet finanzielle Beiträge an humanitäre Organisationen, unterstützt mit Hilfsgüterlieferungen und setzt Projekte zur Stärkung der betroffenen Staaten und Gemeinschaften um.»**

Austragung von fairen und inklusiven Wahlen, um Vertrauen in staatliche Strukturen aufzubauen. Auch auf multilateraler Ebene ist die Schweiz aktiv. So wurden durch ihren Beitrag zum Globalprogramm Zwangsvertriebung («Forced Displacement») der Weltbank im Libanon und in Jordanien neue Projekte ins Leben gerufen, welche die Kapazitäten zur Krisenbewältigung dieser Staaten stärken sollen.

Langfristig wird mit diesen Zielsetzungen angestrebt, den Konfliktursachen, die oft der Ursprung humanitärer Krisen sind, frühzeitig entgegenzuwirken und Staaten mit fragilen Kontexten zu einem dauerhaften Frieden zu verhelfen.

## KRISENPRÄVENTION UND NOTHILFE

- Humanitäre Hilfe
- Arbeit in fragilen Situationen
- Krisenresistenz
- Achtung der Menschenrechte

Die Schweiz leistet Hilfe zugunsten der von bewaffneten Konflikten, Krisen und Naturkatastrophen betroffenen Bevölkerung. Hierzu gehören die Prävention und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren, die Reduktion von Konfliktursachen, Gewaltkonfliktprävention, die humanitäre Hilfe in Notsituationen, die Konfliktbearbeitung, der Staats- und Wiederaufbau sowie die Reform des Sicherheitssektors und bessere Achtung der Menschenrechte.

Die Unterstützung ist meist kurzfristig angelegt; Nothilfe wird solange wie nötig geleistet. Für längerfristige humanitäre Engagements (Wiederaufbau) und für Entwicklungsmassnahmen (Beschäftigung, soziale Dienste, Staatsaufbau) werden Schwerpunkte gesetzt. Die sollen vor allem auf lokaler Ebene Gouvernanzstrukturen stärken und einen Transition zu nachhaltiger Entwicklung ermöglichen.

## WASSERVERSORGUNG FÜR SYRISCHE FLÜCHTLINGE IM LIBANON

Thierry Broglie ist Mitglied des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH). Zugunsten syrischer Flüchtlinge im Libanon unterstützte er 2014 für ein halbes Jahr die UNO bei der Verbesserung der örtlichen Wasserversorgung.

**Wie erleben Sie die Syrienkrise?**

Das Leben der libanesischen Hauptstadt Beirut scheint so weiterzugehen wie bisher. In der Bekaa-Ebene im Osten Libanons aber sieht die Situation ganz anders aus. Dort leben die Menschen, die es auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg in Syrien über die Grenze geschafft haben, unter schwierigsten Bedingungen. Insbe-

sondere die Wasserversorgung, die in der Region schon immer ein Problem war, ist nun verheerend.

**Ist die Aufrüstung der lokalen Wassersysteme notwendig?**

Die Wassersysteme müssen dringend verbessert werden, und zwar nicht nur für die syrischen Flüchtlinge, sondern auch für die Gemeinden vor Ort. Und so unterstützen wir

mit unseren Projekten, die einen grossen Beitrag zur Lösung des Wasserproblems in der Region leisten, die lokale Bevölkerung und die syrischen Flüchtlinge gleichermaßen.

**Was halten Sie davon, SKH Mitglieder an UNO-Organisationen zu entsenden?**

Ich finde es gut, dass die UNO von unserer Expertise profitieren kann. Als «Secon-

dees» haben wir eine etwas kritischere Distanz zum Projekt als unsere UNO-Kolleginnen und -Kollegen, was von Vorteil ist. Mich überzeugt auch die Mischung aus Ausbildung und «Secondment». Ich stand dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR mit meinem Expertenwissen zur Verfügung und wurde gleichzeitig von einem UNHCR-Trainer geschult. Das ist «Learning by Doing» und mir gefällt das.



## SCHWEIZER ENGAGEMENT IM FRAGILEN KONTEXT: EIN LAGEBERICHT AUS MALI

Mali ist seit fast 40 Jahren ein Schwerpunktland der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Nach der jüngsten Krise im Land hat die Schweiz ihre Unterstützung für die Bevölkerung von Timbuktu, Youwarou und Niafunké angepasst und ein Übergangsprogramm zwischen humanitärer Nothilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit lanciert.



Trotz der angespannten Sicherheitslage führte die

Schweiz ihr Engagement im Norden Malis 2014 weiter. Als eines von wenigen Ländern blieb die Schweiz mit ihrer internationalen Zusammenarbeit präsent, um die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung abzudecken. Sie stärkte dabei die Arbeit der lokalen Behörden, Verbände und der Privatwirtschaft.

Mit dem Programm zur Ankurbelung der sozioökono-

mischen Entwicklung (ARSEN) trug die Schweiz zum Wiederaufbau der dezentralisierten staatlichen Dienstleistungen bei. Die staatliche Infrastruktur sowie rund 20 Schulen wurden instand gestellt und ein Gemeinschaftsradio wieder in Betrieb genommen. Die Gemeinden verfügen heute über Wasserversorgungsstellen und einen Viehmarkt. 70 kleinere Wirtschaftsjobprojekte wurden durchgeführt.

Dadurch haben über 2000 Frauen und Männer, darunter mehrere Vertriebene, ein Auskommen gefunden.

Angesichts der institutionellen Probleme stützte sich die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf lokale Einrichtungen und NGO-Planungsbüros, um die wirksame Durchführung der ARSEN-Projekte sicherzustellen. Die Projekte wurden in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden umgesetzt. Dieser Ansatz ermöglichte die Verwaltung des Programmes vor Ort und eine rasche Umsetzung.

## AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2014



### GLOBAL

■ Ende 2014 machte das finanzielle Engagement der DEZA in fragilen Ländern und Regionen 44% ihres Budgets für die bilaterale Entwicklungshilfe aus (2013: 40%). Zu den anfänglich 11 Schwerpunktländern kamen mit Mali und Honduras zwei weitere hinzu. Die humanitäre Hilfe war demnach weiterhin in 13 Schwerpunktländern und -gebieten tätig, u. a. in den von den Krisen in Syrien, im Irak, in Zentralafrika und im Südsudan betroffenen Regionen.

### ASIEN

■ Bei den Wiederaufbaumaßnahmen der humanitären Hilfe stehen Wasser und Hygiene oft im Mittelpunkt. Dank des Engagements der DEZA in Südasien erhielten im Jahr 2014 über 30 000 Personen einen besseren Zugang zu Trinkwasser.

### LATEINAMERIKA

■ Die DEZA verfügt über viel Know-how und Innovationskraft im Bereich der Katastrophenvorsorge. Sie unterstützte deshalb mehrere nicaraguanische und honduranische Gemeinden in Gebieten mit Naturrisiken bei der Planung. Im Rahmen dieses Einsatzes konnte die Resilienz der lokalen Bevölkerung verbessert werden.

### NORDAFRIKA, NAHER UND MITTLERER OSTEN

■ Die DEZA hat seit dem Ausbruch der Syrien-Krise 128 Millionen Franken zur Verfügung gestellt, um die humanitären Auswirkungen des Kriegs zu mildern. Ihr Engagement war auf die humanitären Bedürfnisse der vom Krieg in Syrien betroffenen Bevölkerung und der in die Nachbarländer vertriebenen Menschen ausgerichtet. Mit der Sanierung von Schulen in Jordanien und im Nord-Libanon ermöglichte die DEZA über 28 400 Flüchtlingskindern und einheimischen Kindern, in 43 Einrichtungen die Schule zu besuchen.

### SUBSAHARA-AFRIKA

■ Während der Ebola-Krise unterstützte die DEZA mehrere humanitäre Organisationen und die UNO maßgeblich dabei, die Patientenbetreuung, die Prävention, die Lebensmittelsicherheit und den Schutz der vom Virus betroffenen Familien und Kinder zu verbessern. Dank abgestimmten Massnahmen der internationalen Staatengemeinschaft ist die Zahl der Neuerkrankungen drastisch gesunken und neue Infektionsherde werden effizienter bekämpft.

## ZUGANG ZU RESSOURCEN UND DIENSTLEISTUNGEN



Frauen beteiligen sich an einem DEZA-Projekt zu Landwirtschaft und Ernährungssicherheit in Burkina Faso. Frauen verrichten in Afrika und Asien rund 50% der landwirtschaftlichen Arbeit, erzielen wegen schlechterem Zugang zu Produktionsmitteln aber weniger Ertrag. Die DEZA setzt sich dafür ein, dass das Potential von Frauen besser genutzt wird. Damit könnte der Hunger in Entwicklungsländern um bis zu 17% gesenkt werden.

---

## BÄUERLICHEN KLEINBETRIEBEN ZUM ERFOLG VERHELFFEN

Im Kampf gegen Armut und Mangelernährung kommt der kommerziellen Landwirtschaft eine wichtige Rolle zu.

Doch vielen Kleinbäuerinnen und -bauern fehlen der Zugang zu Krediten und marktwirtschaftliche Erfahrung.

Im Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe setzte die Schweiz ihr Engagement für diese fort.

---

Trotz des beachtlichen Wachstums und der wirtschaftlichen Öffnung in den letzten Jahren bleibt die Demokratische Volksrepublik Laos im Wesentlichen ein Agrarland. Paradoxerweise gibt es hier im regionalen Vergleich aber besonders viele Fälle von Mangelernährung: 31% der unter fünfjährigen Kinder leiden an Unterernährung und 48% weisen einen Wachstumsrückstand auf. Diese Umstände sind umso alarmierender, als ein Drittel der Kindersterblichkeit auf Mangelernährung zurückzuführen ist. Laos weist beim Millenniumsentwicklungsziel zur Senkung der Kindersterblichkeit denn auch den grössten Rückstand auf.

Bäuerlichen Familienbetrieben fällt in Laos deshalb eine wichtige Rolle zu. Sie stellen gegenwärtig 80% der Arbeitsplätze des Landes. Traditionellerweise bauen die laotischen Bäuerinnen und Bauern ausschliesslich Reis an, damit der Kalorienbedarf des Landes gedeckt werden kann. Die weiten Wälder und zahlreichen Flüsse des Landes bieten der ländlichen Bevölkerung seit jeher eine ausgezeichnete Nahrungsgrundlage – in Form von Gemüse, Obst, Insekten, Fröschen, Wild, Fisch und anderen Naturprodukten.

Das traditionelle Gleichgewicht aber wird heute durch die Umweltzerstörung infolge der grossflächigen Abholzung bedroht: Diese hängt damit zusammen, dass die Regierung in Laos immer mehr Landkonzessionen für die kommerzielle

Landwirtschaft, den Bau von Staudämmen oder den Bergbau an ausländische Investoren vergibt. Wegen solcher Konzessionen werden zahlreiche Bäuerinnen und Bauern vertrieben und verlieren den Zugang zu den natürlichen Ressourcen, die unter anderem für ihre ausgewogene Ernährung wesentlich sind.

### **Chancen und Risiken der kommerziellen Landwirtschaft**

Die laotische Regierung unternimmt zurzeit grosse Anstrengungen, um den Übergang von einer Landwirtschaft, die der Selbstversorgung dient, hin zu einer kommerziellen Landwirtschaft, die am regionalen Handel teilnimmt, voranzutreiben. In diesem Rahmen schliessen die mehrheitlich ausländischen Investoren mit den Kleinbäuerinnen und -bauern Verträge für den Anbau von Nutzpflanzen wie Zucker, Mais, Maniok, Kaffee oder Tee ab. Trotz steigender Produktion erzielen die Kleinbauern aber nur geringe und unregelmässige Einkommen. Häufig fehlt ihnen der Zugang zu Krediten, um bessere Betriebsmittel kaufen oder neue Initiativen ergreifen zu können. Sie sind weder über die Marktpreise noch über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ausreichend informiert. Das neue wirtschaftliche Umfeld bietet ihnen zwar Chancen, aber sie bleiben trotzdem sehr verletzlich und leben häufig unterhalb der Armutsgrenze.



#### Bäuerliche Familienbetriebe im Fokus

Die DEZA hat sich während langer Zeit – und mit ausgezeichneten Ergebnissen – für die Steigerung der Reisproduktion im Süden Laos' engagiert. Die Unterstützung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und der bäuerlichen Familienbetriebe steht im Mittelpunkt ihrer Strategie zur Förderung der ländlichen Entwicklung und der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen des

**«Wegen Landkonzessionen für die kommerzielle Landwirtschaft werden zahlreiche Bäuerinnen und Bauern vertrieben und verlieren den Zugang zu den natürlichen Ressourcen, die sie für ihre Ernährung benötigen.»**

Landes. Mit dem Ziel, die Produktion zu erhöhen und den Marktzugang für die Kleinbäuerinnen und -bauern in Berggebieten zu verbessern, arbeitet die Schweiz eng mit dem laotischen Landwirtschafts- und Forstministerium zusammen. Dabei konzentriert sie sich besonders auf arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel ethnische Minderheiten. Es werden gezielt auch Wertschöpfungsketten gefördert, in denen mehrheitlich Frauen tätig sind,

da sie eine tragende Rolle in bäuerlichen Familienbetrieben einnehmen.

#### Emanzipierung durch bessere Organisation, Beratung und Planung

Ziel des Schweizer Engagements vor Ort ist es, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern durch Bauernorganisationen und landwirtschaftliche Beratung zu stärken, die Landplanung, Wasser- und Bodenbewirtschaftung zu verbessern sowie Biodiversität im landwirtschaftlichen Raum zu fördern. So hat die DEZA die Gründung der ersten nationalen Plattform der Bauernorganisationen («Laos Farmer Network») im Januar 2014 in enger Abstimmung mit dem Ministerium unterstützt.

**«Häufig fehlt Kleinbäuerinnen und Kleinbauern der Zugang zu Krediten, um bessere Betriebsmittel zu kaufen oder neue Initiativen zu ergreifen. Sie bleiben daher verletzlich und leben oft unter der Armutsgrenze.»**

Die Initiative wurde durch das mittelfristige Kooperationsprogramm für Bauernorganisationen der Region Asien und Pazifik («Medium Term Cooperation Programme for Farmers Organisations in Asia and Pacific») gefördert, das vom Globalprogramm Ernährungssicherheit der DEZA und dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) der UNO unterstützt wird. Die Schweiz übt auch in ihrem politischen Dialog mit der laotischen Regierung Einfluss auf die nationalen Agrarstrategien aus, indem sie den Akzent auf die Befähigung der Kleinbäuerinnen und -bauern legt. Dabei spielt der Dialog mit anderen Geberländern in Laos sowie auf internationaler Ebene eine wesentliche Rolle.

#### Bessere Aussichten für laotische Bäuerinnen und Bauern

Dank Schweizer Hilfe und Unterstützung ihrer Partner konnten die Kapazitäten und die Erträge der Bauernfamilien des laotischen Hochlands in den letzten dreizehn Jahren deutlich verbessert werden. Zwischen 2007 und 2014 gehörten etwa 40 000 Bauernfamilien zur direkten Zielgruppe der DEZA-Projekte. Ihre Einkommen nahmen in



dem Zeitraum zum Teil markant zu: von 500 auf 650 US-Dollar pro Jahr im Fall der Reisproduzenten (30%) und von 230 auf 930 US-Dollar pro Jahr für Kaffeeproduzenten (300%). Davon profitieren auch viele Frauen, die rund die Hälfte der Produzierenden stellen. Höheres Einkommen von Frauen trägt zu nachweisbarer Verbesserung der Ernährungssituation auf Haushaltsebene bei.

Auch Verbesserungen in der Viehzucht verhalfen den Bäuerinnen und Bauern zu höheren Einnahmen, weil selbst in entlegenen Ortschaften eine starke Nachfrage nach Fleisch für den inländischen und ausländischen Markt besteht. Dadurch konnten die Auswirkungen der Umweltzerstörung gemildert und die Ernährungssicherheit sowie die Ernährungsindikatoren in den Einsatzgebieten der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit stabilisiert werden.

«Zur Förderung der ländlichen Entwicklung und der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen steht die Unterstützung der kleinbäuerlichen Familienbetriebe im Mittelpunkt des Schweizer Engagements.»



## ZUGANG ZU RESSOURCEN UND DIENSTLEISTUNGEN

- Gesundheit
- Nachhaltige Wassernutzung und Siedlungshygiene
- Grund- und Berufsbildung
- Nachhaltige Landnutzung

Die Verbesserung des Zugangs zu Ressourcen und Dienstleistungen zielt primär auf die nachhaltige Verminderung von Armut ab. Mit «Ressourcen» sind unter anderem menschliche Behausung, genügend Nahrung, sauberes Wasser und Chancen auf dem Arbeitsmarkt gemeint. Unter «Dienstleistungen» wird das Bildungs- und Gesundheitssystem eines Landes verstanden.

Eine effektive Bekämpfung der Armut bedingt eine längerfristig angelegte Zusammenarbeit. Aus Gründen der Wirksamkeit und der Kosteneffizienz setzt die Schweiz dabei geografische Prioritäten und konzentriert sich auf ausgewählte Schwerpunktländer und -regionen.

## BILDUNG FÜR AFGHANISTANS KINDER

Afghanistan hat in den letzten Jahren wichtige Fortschritte im Bildungsbereich erzielt. Dennoch haben Mädchen und Jungen noch immer ungleichen Zugang zu Schulbildung.

2001 gingen in Afghanistan weniger als eine Million Kinder zur Schule. Heute sind es über neun Millionen, davon rund 64% der Knaben und 48% der Mädchen im Primarschulalter. Die Fortschritte im Bildungsbereich gehören zu den grössten Erfolgen der internationalen Unterstützung für den Wiederaufbau des Landes.

Noch bleibt aber viel zu tun: Besonders bei Frauen und in ländlichen Gebieten ist mangelnde Bildung weit verbreitet.

Die Einschulungsrate von Mädchen ist immer noch rund ein Viertel tiefer als die der Knaben. Marianne Huber, Leiterin des Schweizerischen Kooperationsbüros in Kabul erklärt: «Sehr entscheidend für einen verbesserten Zugang der Mädchen zu Bildung ist die gezielte Ausbildung weiblicher Lehrkräfte, insbesondere für Schülerinnen ab 10 Jahren. Wir wissen, dass zum Beispiel Eltern in unserer Projektregion im Norden des Landes ihre Töchter aus der Schule nehmen, wenn sie ab einem bestimmten

Alter nicht von einer weiblichen Lehrkraft unterrichtet werden.»

Seit Anfang 2012 unterstützt die Schweiz in Afghanistan ein von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) implementiertes Projekt, das zur Steigerung der Einschulungsraten von Mädchen in Nordafghanistan beigetragen hat. Das Projekt fördert gezielt weibliche Lehrkräfte und sorgt dafür, dass mehr Schulabgängerinnen in die Lehrerausbil-

dungszentren eintreten. Über *Shuras* (Elternvereine) beteiligt sich die Bevölkerung an Schulentwicklungsplänen und wird für die Bedeutung von Bildung für Mädchen und Knaben sensibilisiert. Diese Teilhabe stärkt das Vertrauen in die lokalen Behörden und trägt damit zum Staatsaufbau in einem fragilen Kontext bei.



## IM KAMPF GEGEN EBOLA AUF STARKE GESUNDHEITSSYSTEME SETZEN

Spätestens seit der verheerenden Ebola-Epidemie in Westafrika steht fest: Im Kampf gegen das Virus ist ein starkes Gesundheitssystem entscheidend. Die Schweiz setzt sich daher in Liberia für die Stärkung des Gesundheitssystems ein.



Die Ebola-Epidemie, die 2014 in Westafrika ausbrach, gilt als die bisher schlimmste ihrer Art. Die rasante Ausbreitung des tödlichen Virus ist auch auf die schwachen Strukturen des Gesundheitssystems

in den betroffenen westafrikanischen Ländern zurückzuführen. Da der Ebola-Ausbruch in kürzester Zeit zu einer Überbelastung der lokalen Gesundheitsinstitutionen führte, starben auch vermehrt Menschen an behandelbaren Krankheiten wie Malaria oder Durchfall.

Die langfristige Verbesserung der Gesundheitssysteme in fragilen und benachteiligten Ländern ist einer der Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Nur durch starke und funktionierende Gesundheitssysteme

können zukünftige Ausbrüche des Ebola-Virus verhindert werden. Die Ebola-Krise unterstreicht auch die Wichtigkeit von Massnahmen, die in fragilen Kontexten der Friedenssicherung und Staatenbildung dienen. Denn nur so können Gesundheitssysteme nachhaltig aufgebaut werden.

Auch das humanitäre Engagement in Folge der Ebola-Krise bettet sich in diese Logik ein. So ist die Stärkung der medizinischen Grundversorgung in Liberia neben der Eindämmung der Epidemie und der Bekämpfung

ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer der drei Pfeiler des humanitären Engagements. Die Schweiz unterstützt in Liberia unter anderem das nationale Gesundheitsministerium und Organisationen wie das IKRK beim Wiederaufbau von Gesundheitsstrukturen. Zudem lancierte sie mit dem Universitätsspital Genf ein Pilotprojekt, das Apothekerinnen und Apotheker in Liberia in der Herstellung von Desinfektionsmitteln ausbildet.

Zur Bekämpfung der Epidemie hat die DEZA auch ihren Beitrag an eine lokal tätige Schweizer Hilfsorganisation erhöht, um die Behandlung von Ebola-Patientinnen und -Patienten zu ermöglichen. Zudem unterstützte sie ein von der WHO beauftragtes Konsortium bei der Entwicklung eines Tests zur Schnelldiagnose von Ebola in dezentralen Gesundheitszentren der Krisenregion.

## AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2014



### GLOBAL

■ Dank des Beitrags der DEZA erhielten über 1,5 Millionen Menschen in 16 Schwerpunktländern und -regionen Zugang zu Trinkwasser- und Bewässerungssystemen sowie zu sanitären Anlagen. Im Gesundheitswesen profitieren 15 Partnerländer von der Unterstützung der DEZA. Im Landwirtschaftsbereich konnten mehr als 10 Millionen Kleinbauern und ihre Familien in 21 Ländern und Regionen dank technologischer Verbesserungen und Landrechtsreformen ihre Ernährungssicherheit erhöhen.

### ASIEN

■ In Laos profitieren 32 000 Personen direkt von der Verbesserung der Wasserversorgung und von angemessenen Hygieneplänen. In Myanmar erhielten seit 2013 etwa 100 000 zusätzliche Patienten Zugang zu Gesundheitszentren, die übertragbare Krankheiten behandeln. In Laos, Kambodscha und in der Mongolei konnten gegen 450 000 Bauern dank der Unterstützung der DEZA ihre Produktivität steigern.

### LATEINAMERIKA

■ In Honduras wurde auf nationaler Ebene ein System zur Wasserversorgung, verbunden mit einem Hygieneplan, entwickelt. In Bolivien stellen über 27 000 Bauernfamilien die nachhaltige

Bewirtschaftung des Quellwassers sicher. Zudem hat sich der Anteil unterernährter Kinder unter fünf Jahren von 5% auf 2,5% halbiert, während gleichzeitig die Einkommen von 12 000 Bauernfamilien um 15% stiegen.

### OSTEUROPA/GUS

■ Dank der Unterstützung des SECO wurde bis Ende 2014 ein Programm mit einer Energie-Gesellschaft in Tadschikistan finalisiert, das zum Ziel hat, einen zuverlässigen und nachhaltigen Zugang zu Stromversorgung sicher zu stellen. Das Energienetz wurde saniert und Stromzähler eingebaut sowie ein neues Tarifsysteem und Subventionen für die Ärmsten eingeführt.

### SUBSAHARA-AFRIKA

■ In Mosambik nahm der Anteil der Bevölkerung, der über sanitäre Anlagen verfügt, 2014 um 10% zu. In Tansania erwirtschafteten dank neuer Massnahmen gegen 60 000 Kleinbauern (ein Drittel Frauen) zwischen 13% und 45% höhere Einkommen. In Westafrika stiegen die Ernteerträge von 300 000 Kleinbauern (ein Drittel Frauen) um durchschnittlich 20%. In Burkina Faso profitierten 12 000 Lehrkräfte (60% Frauen), die 320 000 Schulkinder unterrichten, vom Engagement der DEZA im Bereich der Grundbildung.

## FORSCHUNG UND INNOVATION: ARMUT REDUZIEREN UND GLOBALE RISIKEN MEISTERN

Für die Armutsbekämpfung, den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung und den vertieften Wissensaustausch spielt die Forschung eine entscheidende Rolle. Dabei sind technologische Fortschritte ebenso relevant wie soziale und politische Innovationen. Mit ihrem Fachwissen und weltweiten Netzwerken leisten Wissenschaftler an Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstituten einen wichtigen Beitrag zur Lösung globaler Probleme.

### R4D – INTERDISZIPLINÄRE FORSCHUNG ZUR LÖSUNG GLOBALER PROBLEME



Zusammen mit dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) hat die DEZA 2012 das «Swiss Programme for Research on Global Issues for Development» (r4d Programm) ins Leben gerufen. Das Programm fördert die interdisziplinär ausgerichtete, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Forschenden in der Schweiz und deren Kolleginnen und Kollegen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Das r4d-Programm ist eng an die Prioritäten der Post-2015-Agenda angelehnt. Ziel ist es, durch diese Kooperationen und einen verstärkten Wissensaustausch zur Lösung globaler Probleme und zum Schutz der öffentlichen Güter beizutragen. Das r4d-Programm dauert von 2012 bis 2022. Ihm steht ein Budget von rund 98 Millionen Franken zur Verfügung. Der Beitrag der DEZA beträgt 72 Millionen Franken.

Das r4d-Programm setzt langfristige thematische Prioritäten. Diese sind auf zentrale globale Herausforderungen wie zum Beispiel soziale Konflikte, Beschäftigung im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung, Ernährungssicherheit, nachhaltige Bewirtschaftung von Ökosystemen und öffentliche Gesundheit ausgerichtet.

Das r4d-Programm zeichnet sich dadurch aus, dass entwicklungspolitische Relevanz genauso stark gewichtet wird wie eine hohe wissenschaftliche Qualität. Die eingereichten

Forschungsprojekte werden durch internationale, von der DEZA und dem SNF eingesetzte Prüfungsgremien beurteilt und ausgewählt, basierend auf Begutachtungen von Kolleginnen und Kollegen aus der Forschung und Entwicklung.

«Das r4d-Programm setzt langfristige thematische Prioritäten und zeichnet sich dadurch aus, dass entwicklungspolitische Relevanz genauso stark gewichtet wird wie eine hohe wissenschaftliche Qualität.»

Bisher wurden 25 länderübergreifende Forschungspartnerschaftsprojekte bewilligt, an denen 35 Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika beteiligt sind. Die meisten Forschungsaktivitäten finden in und zusammen mit Entwicklungsländern in Afrika statt. Wichtige Erkenntnisse aus diesen Aktivitäten fliessen auch in die Entwicklungszusammenarbeit ein.

2014 wurden sechs Forschungsprojekte mit einer Laufzeit von jeweils sechs Jahren gestartet. Sie decken eine breite Palette von wichtigen Themen ab, darunter die geschlechterspezifischen Aspekte von sozialen Konflikten, bewaffneter Gewalt und Friedensförderung sowie Agrartransformation und Beschäftigung im ländlichen Raum.

## FÖRDERUNG EINER KLIMAFREUNDLICHEN LANDWIRTSCHAFT

Die «Consultative Group on International Agricultural Research» (CGIAR) ist eine internationale Agrarforschungspartnerschaft für globale Ernährungssicherung. Sie besteht aus einem Konsortium, das mit 15 internationalen Agrarforschungszentren in mehr als 90 Ländern tätig ist und über 10 000 Mitarbeitende beschäftigt.

«Die DEZA fördert mit ihrem finanziellen Beitrag zur CGIAR globale Investitionen in die strategische Forschung, die für die Umsetzung einer klimafreundlichen Landwirtschaft notwendig ist.»

Die DEZA unterstützt die CGIAR finanziell, um grössere globale Investitionen in die strategische Forschung zu fördern. Denn mehr Forschung ist zum Beispiel für die Umsetzung einer klimafreundlichen Landwirtschaft notwendig. Sie hilft den Bauern, ihre Produktivität zu steigern, sich aber gleichzeitig auf Klimarisiken besser vorzubereiten und zur Eindämmung des Klimawandels beizutragen.

Eine neue wissenschaftliche Entdeckung zur Bekämpfung der Nitrifikation ist beispielhaft für die Forschungsleistung des CGIAR-Konsortiums. Nitrifikation ist ein natürlicher Prozess, der von Mikroben ausgelöst wird. Durch ihn wird das Düngemittel Stickstoff im Boden zu Lachgas ( $N_2O$ ) umgesetzt. Lachgas ist ein Treibhausgas,

das die Atmosphäre 300 Mal so stark aufheizt wie die gleiche Menge Kohlendioxid. Die Bekämpfung der Nitrifikation ist daher ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels. Er ist umso dringender, da sich der Einsatz von stickstoffhaltigen Düngemitteln seit den 1970er-Jahren versiebenfacht hat und in direktem Zusammenhang mit der Erhöhung der atmosphärischen Konzentration von  $N_2O$  steht.

Mitglieder des CGIAR-Forschungskonsortiums haben erst vor kurzem entdeckt, dass die Wurzeln des tropischen Weidegrases *Brachiaria humidicola* als natürliche Nitrifikationsinhibitoren wirken. Dank dieser Eigenschaft dürfte das Weidegras eine zentrale Rolle bei den Bemühungen zur Verbesserung der Treibhausgasbilanz nicht nur der Tierhaltung, sondern auch des Ackerbaus einnehmen.



Ferner haben Studien mit Tausenden von Tierhaltern in Südostasien und Mittelamerika gezeigt, dass der Einsatz neuer Futtermittel wie *Brachiaria* auch zur Armutsreduktion beitragen kann. In Ruanda hat man ausserdem festgestellt, dass die nitrifikationshemmende Eigenschaft von *Brachiaria* und ihr tiefgreifendes, üppiges Wurzelsystem nicht nur die Bodenfruchtbarkeit erhöhen kann, sondern auch die Milchleistung des Viehs. Dadurch kann selbst in Trockenperioden und bei sauren Böden die Ernährungssituation der Menschen verbessert werden.

## KULTUR UND KUNST: SICH KENNEN LERNEN UND ZU NEUER IDENTITÄT FINDEN

Als Identitätsquelle und Inspirationsbrunnen, als Einladung zu Reflexion und Dialog gehören Kultur und Kunst zu den wesentlichen Merkmalen einer Gesellschaft: Dank ihnen kann sich eine Gesellschaft kennen lernen, sich vermitteln und neu erfinden. Das Kulturschaffen und der Zugang zu Kultur sind jedoch trotzdem keine Selbstverständlichkeit. Die Schweiz setzt sich in den Ländern des Südens und Ostens für die Förderung der Kultur ein.



### EIN MUSEUM AUF RÄDERN

Brücken schlagen über die Landesgrenzen hinweg: Das ist keine Selbstverständlichkeit in Zentralasien, wo Kontroversen über Wasser, Grenzverläufe und Energiezufuhr die politische Landschaft prägen. Mit Kunst und kulturellem Austausch kann man hier vorwärts kommen. Denn wenn die Kulturszene Zentralasiens die Vielfalt der Region reflektiert, kann sie gegenseitiges Verständnis fördern und Stereotypen entschärfen. Um ihre Wirkung zu entfalten, muss Kunst der Bevölkerung aber zugänglich gemacht werden. Denn was kann ein Bild schon bewirken, wenn es von niemandem betrachtet wird? Und was löst ein Konzert aus, das kein Publikum hat?

Mit dem Projekt «Museums on Wheels» gewinnen Menschen Zugang zu lokaler und internationaler Kunst, die ihnen sonst hinter Museumswänden verborgen blieben.

Im Jahr 2014 stellte das regionale Kulturförderungsprogramm der DEZA in Zentralasien deshalb die Frage ins Zentrum, auf welchen Wegen Kunst der breiten Bevölkerung vermittelt werden kann. Im Erfahrungsaustausch zwischen Kulturschaffenden aus Tadschikistan, Usbekistan und Kirgisistan fiel das Savitsky Museum in Usbekistan als besonders erfolgreich in der Kunstvermittlung auf. Dank seiner aussergewöhnlichen Sammlung avantgardistischer Kunst geniesst das Museum zwar internationale Anerkennung – in seiner direkten Umgebung hingegen ist es fast nicht bekannt.

Hier setzt das Projekt «Museums on Wheels» an. Mitarbeiterin Muzaffara Ishanova erklärt: «Wenn die Leute nicht ins Museum kommen können, dann kommt das Museum eben zu ihnen!» Und tatsächlich: Mit Unterstützung der DEZA werden seit über zehn Jahren regelmässige Sammlungsobjekte unterschiedlichen Ursprungs in einen Bus gepackt und in umliegende Dörfer gefahren. In interaktiven Kursen lernen die Kinder dann Bilder und Kunsthandwerk kennen, zeichnen die Objekte nach oder interpretieren sie selbst ganz neu. So gewinnen sie Zugang zu lokaler und internationaler Kunst, die sonst hinter Museumswänden versteckt bleibt.



Dieses Beispiel gelungener Vermittlungsarbeit soll weitere Kulturschaffende Zentralasiens dazu inspirieren, der Bevölkerung den direkten Kontakt zu Kunst zu ermöglichen und so möglichst viele kulturelle Brücken zu schlagen.



## EINE MÄRCHENHAFTE GESCHICHTE

«In meinem Leben gibt es jetzt ein Vor- und ein Nach-dem-Kourouma-Preis» sagt der junge kamerunische Schriftsteller Mutt-Lon, der 2014 an dem von der DEZA unterstützten Afrikanischen Buchsalon in Genf den Literaturpreis für seinen Roman «Ceux qui sortent la nuit» erhielt. Mit diesem Buch zeigt Mutt-Lon – alias Daniel Alain Nsegbe –, dass eine Schriftstellerkarriere ohne Emigration möglich ist.



**Mutt-Lon, warum haben Sie «Ceux qui sortent la nuit» geschrieben?**

Ich habe ein Buch geschrieben, das ich selbst gerne gelesen hätte: einen lustigen und fesselnden Abenteuerroman. Ich wollte auch von meinem Afrika erzählen, einem

Afrika, in dem es nie zu einer kulturellen Angleichung an die Gesellschaft gekommen wäre. Und ich wollte über das in der afrikanischen Gesellschaft allgegenwärtige Thema der Hexerei schreiben. Mein Roman geht von der Hypothese aus, dass es in dem, was man Hexerei nennt, Elemente gibt, die wissenschaftlich erklärbar sind und die Wissenschaft und Menschheit weiterbringen könnten. Meine grundlegende Frage lautet: Gibt es in unserem Erbe etwas, durch das wir uns die Moderne wieder zu Eigen machen können?

**Was hat sich mit dem Kourouma-Preis für Sie geändert?**

Alles! Weil ich Romanautor bin, kannte mich praktisch niemand. Der Kourouma-Preis hat ein überwältigendes Interesse für meine Arbeit aus-

gelöst, bei der Leserschaft, aber auch bei den Medien, bei anderen Autoren und bei den Literaturagenten. Er hat mir Türen geöffnet und mir ermöglicht, meine Ideen innerhalb und ausserhalb von Kamerun zu verbreiten. Ich bin heute überzeugt, dass eine Schriftstellerlaufbahn auch mit Wohnsitz in Afrika möglich ist. In Frankreich verlegt zu werden, ist sicher das beste Mittel, um gelesen und anerkannt zu werden, aber mit der Demokratisierung des Web entfällt die Notwendigkeit, in Europa physisch präsent zu sein.

«Der Kourouma-Preis hat ein überwältigendes Interesse für meine Arbeit ausgelöst. Ich bin heute überzeugt, dass eine Schriftstellerlaufbahn auch mit Wohnsitz in Afrika möglich ist.»

**Werden Ihre Werke in Kamerun gelesen?**

Der Vertrieb bleibt die grösste Herausforderung in Afrika. Ich musste ein Jahr lang kämpfen, bis mein Roman endlich in meinem Land vertrieben wurde, und auch das nur in Yaoundé und Douala. Um den Vertrieb der in Europa verlegten afrikanischen Autoren zu erleichtern, sollten die Verleger einen Teil der Rechte an Einrichtungen abtreten, die in Afrika beheimatet sind und der lokalen Kaufkraft angepasste Versionen erstellen. Ich habe den in Kamerun beheimateten Verlag Editions Clé mit der Herausgabe eines meiner nächsten Bücher beauftragt.

# SCHWERPUNKTLÄNDER UND -REGIONEN VON DEZA UND SECO 2014

DEZA		2014	2013	
Schwerpunktländer und -regionen Süd		Mio. CHF	Mio. CHF	
Subsahara-Afrika	Grosse Seen <sup>1</sup>	27.3	31.1	1
	Südliches Afrika <sup>2</sup>	24.3	30.5	2
	Tansania	23.5	22.8	3
	Mosambik	23.3	23.0	4
	Tschad	22.7	14.3	5
	Mali	21.5	20.2	6
	Niger	18.1	16.6	7
	Horn von Afrika <sup>3</sup>	16.9	8.1	8
	Burkina Faso	16.6	21.3	9
	Benin	15.3	15.3	10
Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten	Besetztes Palästinensisches Gebiet	14.0	14.0	1
	Nordafrika <sup>4</sup>	12.5	12.7	2
Lateinamerika	Zentralamerika <sup>5</sup>	37.9	42.3	1
	Bolivien	25.8	24.5	2
	Kuba	9.4	8.2	3
	Haiti	8.9	6.9	4
Asien	Mekong <sup>6</sup>	59.1	49.8	1
	Nepal	37.4	38.2	2
	Hindukusch <sup>7</sup>	37.0	30.9	3
	Bangladesch	26.0	29.5	4
	Mongolei	19.5	18.2	5

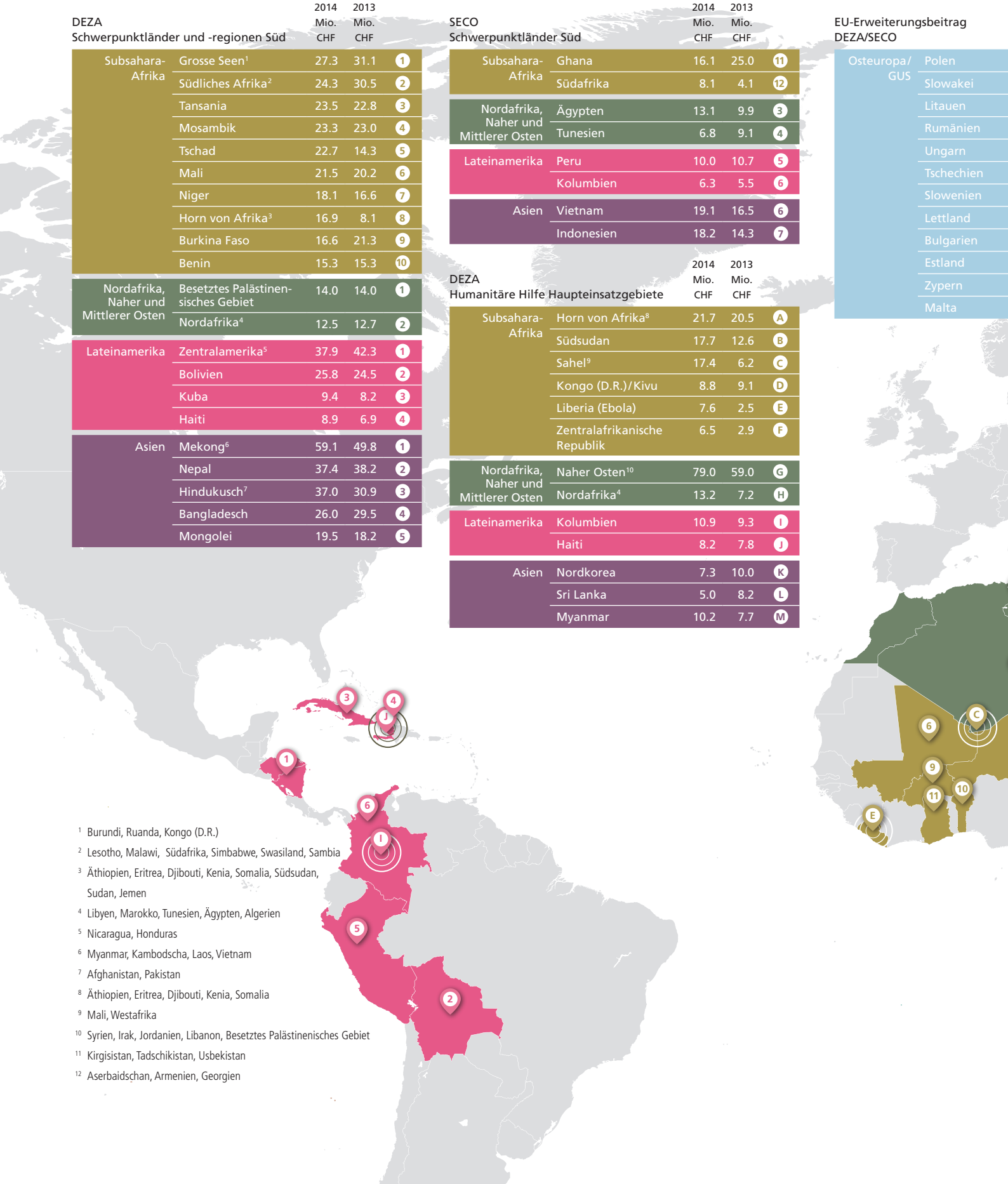
SECO		2014	2013	
Schwerpunktländer Süd		Mio. CHF	Mio. CHF	
Subsahara-Afrika	Ghana	16.1	25.0	11
	Südafrika	8.1	4.1	12
Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten	Ägypten	13.1	9.9	3
	Tunesien	6.8	9.1	4
Lateinamerika	Peru	10.0	10.7	5
	Kolumbien	6.3	5.5	6
Asien	Vietnam	19.1	16.5	6
	Indonesien	18.2	14.3	7

## EU-Erweiterungsbeitrag DEZA/SECO

Osteuropa/ GUS	Polen
	Slowakei
	Litauen
	Rumänien
	Ungarn
	Tschechien
	Slowenien
	Lettland
	Bulgarien
	Estland
	Zypern
	Malta

DEZA		2014	2013	
Humanitäre Hilfe Haupteinsatzgebiete		Mio. CHF	Mio. CHF	
Subsahara-Afrika	Horn von Afrika <sup>8</sup>	21.7	20.5	A
	Südsudan	17.7	12.6	B
	Sahel <sup>9</sup>	17.4	6.2	C
	Kongo (D.R.)/Kivu	8.8	9.1	D
	Liberia (Ebola)	7.6	2.5	E
	Zentralafrikanische Republik	6.5	2.9	F
Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten	Naher Osten <sup>10</sup>	79.0	59.0	G
	Nordafrika <sup>4</sup>	13.2	7.2	H
Lateinamerika	Kolumbien	10.9	9.3	I
	Haiti	8.2	7.8	J
Asien	Nordkorea	7.3	10.0	K
	Sri Lanka	5.0	8.2	L
	Myanmar	10.2	7.7	M

- <sup>1</sup> Burundi, Ruanda, Kongo (D.R.)
- <sup>2</sup> Lesotho, Malawi, Südafrika, Simbabwe, Swasiland, Sambia
- <sup>3</sup> Äthiopien, Eritrea, Djibouti, Kenia, Somalia, Südsudan, Sudan, Jemen
- <sup>4</sup> Libyen, Marokko, Tunesien, Ägypten, Algerien
- <sup>5</sup> Nicaragua, Honduras
- <sup>6</sup> Myanmar, Kambodscha, Laos, Vietnam
- <sup>7</sup> Afghanistan, Pakistan
- <sup>8</sup> Äthiopien, Eritrea, Djibouti, Kenia, Somalia
- <sup>9</sup> Mali, Westafrika
- <sup>10</sup> Syrien, Irak, Jordanien, Libanon, Besetztes Palästinensisches Gebiet
- <sup>11</sup> Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan
- <sup>12</sup> Aserbaidshjan, Armenien, Georgien





2014 2013  
Mio. Mio.  
CHF CHF

79.1	59.4	1
16.6	3.5	2
14.4	4.1	3
14.3	19.5	4
12.9	6.0	5
11.1	7.8	6
8.1	4.6	7
5.8	5.0	8
5.1	8.0	9
4.7	9.0	10
0.2	0.1	11
0.1	2.8	12

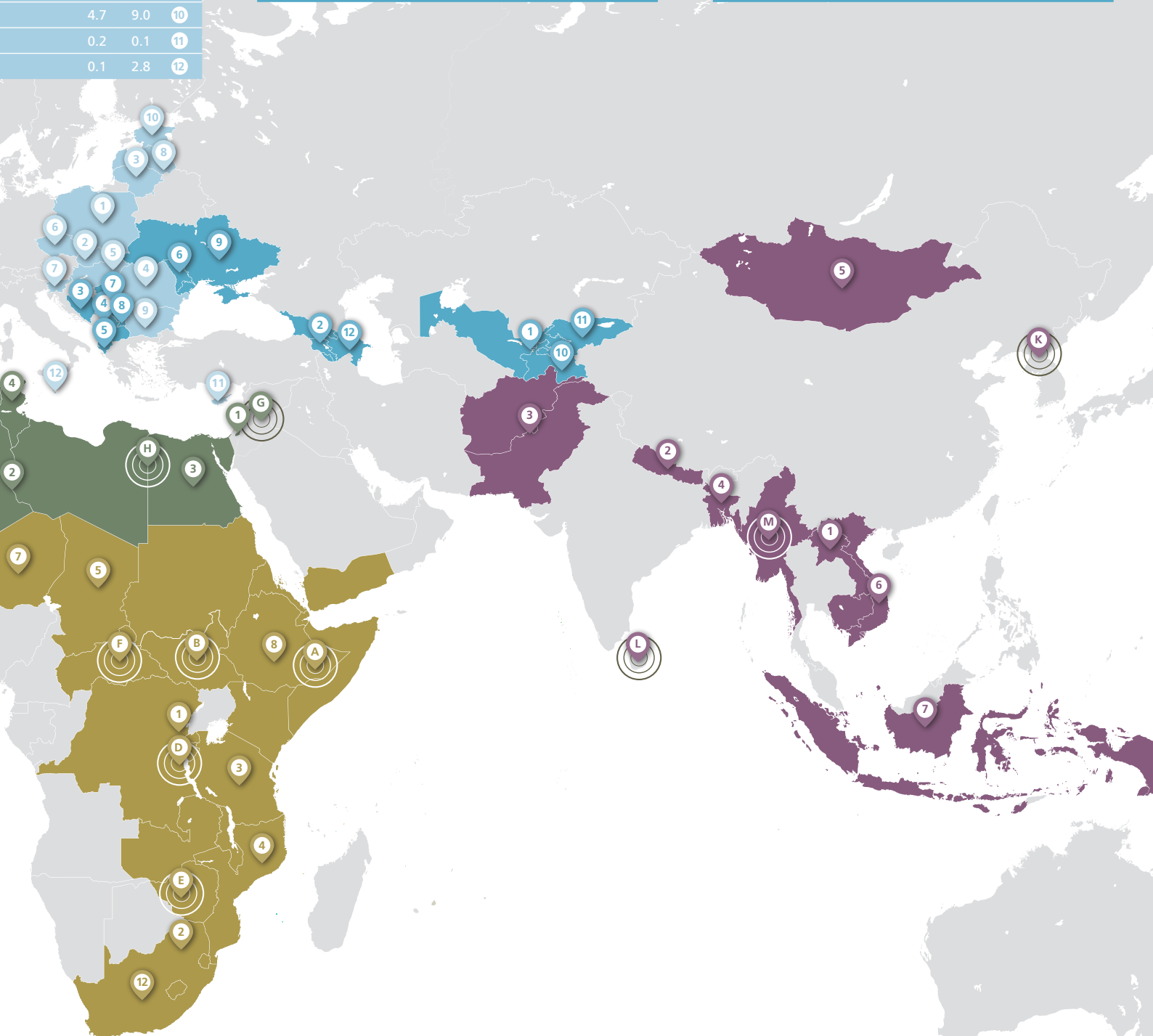
DEZA  
Schwerpunktländer und -regionen Ost

	2014 Mio. CHF	2013 Mio. CHF	
Osteuropa/ GUS			
Zentralasien <sup>11</sup>	32.3	27.8	1
Südkaucasus <sup>12</sup>	13.7	10.2	2
Bosnien und Herzegowina	12.9	10.5	3
Kosovo	12.7	12.2	4
Albanien	11.8	9.3	5
Republik Moldau	10.8	9.0	6
Serbien	10.3	9.2	7
Mazedonien	9.3	8.2	8
Ukraine	6.7	5.9	9

2014 2013  
Mio. Mio.  
CHF CHF

SECO  
Schwerpunktländer Ost

	2014 Mio. CHF	2013 Mio. CHF	
Osteuropa/ GUS			
Tadschikistan	18.4	14.7	10
Kirgisistan	14.4	11.8	11
Albanien	12.3	16.2	5
Ukraine	11.6	9.7	9
Kosovo	8.7	7.1	4
Mazedonien	5.1	2.8	8
Bosnien und Herzegowina	4.6	3.0	3
Serbien	4.5	6.0	7
Aserbaidshan	2.3	4.4	12



## NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM



In einer Fabrik nahe der indischen Stadt Jaipur im Bundesstaat Rajasthan werden Solarmodule zusammengesetzt. Die Module werden sowohl in andere Länder exportiert als auch im Inland genutzt, wo mit Hilfe der Sonnenenergie abgelegene Dörfer zum ersten Mal mit Strom versorgt werden.

---

## MEHRWERT SCHAFFEN DURCH INNOVATIONEN MIT DEM PRIVATSEKTOR

Wirtschaftliches Wachstum ist Grundvoraussetzung für Wohlstand und Entwicklung. Aber Wachstum allein verringert wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten nicht und findet zu oft auf Kosten der Umwelt statt. Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung setzt die Schweiz auf Partnerschaften mit dem Privatsektor.

---

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer weisen noch immer eindruckliche wirtschaftliche Wachstumsraten von fünf Prozent und mehr im Jahr auf. Doch vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren längst nicht alle. In vielen Gesellschaften bleiben die starken Gegensätze zwischen Arm und Reich weiter bestehen oder nehmen sogar noch zu. Auch der ungebremste Abbau natürlicher Ressourcen und die Zunahme von Umweltproblemen deuten vielerorts auf eine wirtschaftliche Entwicklung hin, die langfristig nicht nachhaltig ist.

Gleichzeitig nimmt der Umfang der öffentlichen Entwicklungsgelder gegenüber anderer, vorwiegend privater, Finanzflüsse relativ gesehen ab. Im Kampf gegen die Armut werden daher neue Formen der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Entwicklungsagenturen und anderen Akteuren – darunter dem Privatsektor – immer wichtiger. Sie können ihrerseits dazu beitragen, Zielkonflikte zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anliegen zu überwinden und die Entwicklung nachhaltig zu gestalten.

Die Partnerländer der Schweiz sind von globalen Risiken wie Klimawandel, Finanzkrisen oder unkontrollierter Urbanisierung stark betroffen. Deshalb setzt das SECO auf innovative Formen der Kooperation mit der Privatwirtschaft, etwa bei Versicherungsmodellen, bei der Mobilisierung von kommerziellem Kapital oder bei der Integration von Entwicklungsländern in den Weltmarkt. Partnerschaften wie diese sind besonders dann wertvoll, wenn Wissen gegenseitig ausgetauscht, Investitionskosten geteilt und unternehmerische Fähigkeiten weitervermittelt werden.

### **Katastrophenrisikoversicherung für resiliente Staaten und Bürger**

Naturkatastrophen kosten Menschenleben, belasten die Staatshaushalte von Entwicklungs- und Transitionsländern und behindern eine langfristige Budgetplanung. Daher unterstützt das SECO seit 2009 ein Weltbank-Projekt in Südosteuropa und dem Kaukasus mit dem Ziel, moderne Katastrophenrisikoversicherungen gegen Hitze, Dürre, Erdbeben und Überschwemmungen einzuführen. Lokale Versicherungsgesellschaften vertreiben die mit Schweizer Beteiligung entwickelten Produkte, während ein Schweizer Rückversicherer auf kommerzieller Basis die Rückversicherungskapazität zur Verfügung stellt. Begünstigte des Projekts sind primär Haushalte, Kleinunternehmen und bäuerliche Betriebe.

Im Südkaukasus unterstützt die DEZA zudem die georgische Regierung und lokale Versicherungsgesellschaften bei der Ausarbeitung einer Landwirtschaftsversicherung. Mehr als die Hälfte der arbeitstätigen Bevölkerung ist in diesem Sektor tätig, viele von ihnen sind Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Die hohe Landfragmentierung ist ein Grund für den fehlenden Markt für erschwingliche landwirtschaftliche Versicherungen. So bleiben die meisten Bäuerinnen und Bauern vor den Schäden von Unwettern und Naturkatastrophen ungeschützt. Ein nationales Versicherungsschema, vernetzt mit internationalen Rückversicherern, soll die hohen administrativen Kosten nun reduzieren. Somit wird es auch kleinbäuerlichen Betrieben möglich sein, Getreide und Vieh zu angemessenen Preisen zu versichern.

### Schweizer Expertise für nachhaltige Investitionen und Handelsgüter

Funktionierende lokale Finanzmärkte und Marktssysteme sowie ein wettbewerbsfähiges Unternehmertum erhöhen die Standortattraktivität von Partnerländern und ziehen Investitionen nach sich. Diese wiederum sind entscheidend für einen Weg aus der Armut. Im Jahr 2014 wurde hierfür eine neue Plattform mit Unterstützung des SECO für nachhaltige Investitionen gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Schweizer Finanzdienstleistern, die darauf abzielt, den Anteil nachhaltiger Finanzprodukte am Markt zu erhöhen. Diesem Netzwerk gehören auch Wissenschaft und Institutionen aus Zivilgesellschaft und öffentlicher Hand an.

Mit der «Swiss Capacity Building Facility» fördert ausserdem die DEZA zusammen mit Akteuren aus der Schweizer Finanzbranche den Zugang von Finanzdienstleistungen für mindestens 1 450 000 arme Haushalte, kleinbäuerliche Betriebe und Kleinunternehmen. Besonders berücksichtigt werden Frauen und ländliche Regionen durch gezielte

Beratung von Finanzintermediären. Somit konnten beispielsweise in Lateinamerika seit 2013 hunderttausenden armen Haushalten geeignete Sparprodukte angeboten werden, und in Haiti wurden 2014 über eine Mikrofinanzinstitution erfolgreich Agrarkreditprodukte für Kleinbäuerinnen und -bauern eingeführt.

«Partnerschaften mit der Privatwirtschaft sind besonders dann wertvoll, wenn Wissen gegenseitig ausgetauscht, Investitionskosten geteilt und unternehmerische Fähigkeiten weitervermittelt werden.»

Entwicklungsländer profitieren auch, wenn sie in der Lage sind, nachhaltig produzierte Waren zu exportieren. Denn der internationale Handel ist für sie eine wichtige Einkommensquelle, schafft Arbeitsplätze und leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Armutsbinderung. Mit dem Ziel, einen verantwortungsvollen Markt für Gold aus hand-



Eine Frau und ihre Tochter verkaufen eigens produzierte Käsewaren auf dem zentralen Markt von Zugdidi, Georgien.

werklichem, kleinem und mittlerem Bergbau zu entwickeln, ist das SECO eine Partnerschaft mit einer eigens dafür gegründeten Vereinigung eingegangen. Diese besteht aus Vertretern von Raffinerien, Schmuck- und Uhrenherstellern sowie dem Finanzsektor. Seit Projektstart konnten 350 Kilogramm «besseres Gold» in die Schweiz importiert werden, welches den Kleinmineuren einen zusätzlichen Profit von 200 000 Franken einbrachte.

#### Infrastruktur zu erschwinglichen Preisen

Dringend notwendige Infrastrukturprojekte mit potentiellen Investoren zusammenzubringen, das ist das Ziel einer innovativen Multi-Geber-Organisation, die 2002 mit Unterstützung des SECO ins Leben gerufen wurde. Die Organisation ist eine einzigartig aufgebaute öffentlich-private Partnerschaft. Öffentliche Gelder gleichgesinnter Geberländer werden durch die Organisation gezielt eingesetzt, um Privatsektor-Investitionen im Infrastrukturbereich zu mobilisieren. So wurde 2014 die Finanzierung für ein Stromkraftwerk in Ghana gesprochen. Die gut 217 Millionen US-Dollar von Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen haben Privatinvestitionen von knapp 686 Millionen US-Dollar generiert. Das Projekt wurde somit zu 76 Prozent aus privatem Kapital finanziert. Das Stromkraftwerk soll in zwei Jahren ans Netz gehen und 8,3 Millionen Menschen einen besseren Zugang zu Elektrizität verschaffen.

#### Mehrwert für die Zukunft

Private Partnerschaften bringen der Schweiz einen qualitativen Mehrwert, indem sie beispielsweise Innovation fördern, Lösungen von unten aufbauen oder zum Technologietransfer beitragen. Eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Unternehmen in Partnerländern erleichtert schliesslich die systemische Markttransformation. Die Schweiz wird daher auch in Zukunft auf bestehende und neue Partnerschaften setzen, um die Wirksamkeit und Reichweite ihrer Programme zu erhöhen.

**«Private Partnerschaften bringen der Schweiz einen qualitativen Mehrwert, indem sie Innovationen fördern, Lösungen von unten aufbauen oder zum Technologietransfer beitragen.»**

Dabei handelt es sich um einen Ansatz, über deren Vorteile die Schweiz sich auch mit Entwicklungsbanken und anderen Finanzinstitutionen austauscht. Beim Aufbau von Partnerschaften, namentlich mit dem Privatsektor, schaut die Schweiz auf eine langjährige Erfahrung zurück. Der Schlüssel zum Erfolg ist dabei, dass die Partnerschaft nicht ein Ziel, sondern das Mittel zur Erreichung von Entwicklungszielen darstellt.

## NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

- Finanzstabilität und gute Regierungsführung
- Nachhaltig wachsender Handel
- Entwicklung des Privatsektors und der Finanzdienstleistungen
- Infrastruktur und städtische Entwicklung

Um Armut und Ungleichheiten zu reduzieren, ist ein anhaltendes Wirtschaftswachstum unentbehrlich. Der Privatsektor ist die Hauptantriebskraft für dieses Wachstum. Die Integration in den Weltmarkt verschafft Entwicklungsländern Zugang zu Absatzmärkten und Investitionsquellen.

Die Schweiz setzt sich in Partnerländern für ein nachhaltiges und breit abgestütztes Wirtschaftswachstum ein. Im Fokus stehen dabei die Verwaltung öffentlicher Mittel, die Rahmenbedingungen für private Investitionen, die Stabilität des Finanzsektors, die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen, die Infrastruktur, die Nutzung von Ressourcen, die Handelsliberalisierung und der Arbeitsmarkt.

## HERAUSFORDERUNGEN DER URBANISIERUNG MEISTERN

Auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern wird die Grundversorgung einer wachsenden städtischen Bevölkerung immer wichtiger. Deshalb unterstützt die Schweiz ihre Partnerländer bei der Weiterentwicklung von öffentlichen Dienstleistungsbetrieben.

Öffentliche Versorgungsbetriebe spielen eine wichtige Rolle bei der städtischen Entwicklung. Sie kümmern sich um die spezifischen Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung in Schlüsselbereichen wie der Wasser- und Energieversorgung oder Abfallentsorgung. Um nachhaltig verbesserte Lebensbedingungen zu gewährleisten und das wirtschaftliche Wachstum im urbanen Raum zu unterstützen, müssen sie aber in der Lage

sein, eine zuverlässige Basisinfrastruktur bereitzustellen.

Das SECO erarbeitete 2010 eine Strategie zur Verbesserung der Verwaltung solcher Betriebe. Im Rahmen der Unternehmensentwicklung beschliessen die öffentlichen Versorgungsbetriebe gute Praktiken im finanziellen, organisatorischen, operativen und strategischen Bereich – dem sogenannten «Corporate Development». Dies führt dazu,

dass die Kunden eher bereit sind, ihre Rechnungen zu bezahlen. Dadurch steigen die Einnahmen und das verfügbare Geld für Unterhaltsarbeiten und Investitionen.

Im Jahr 2014 lancierte die Schweiz in Albanien und in Tadschikistan neue Projekte. Diese verfügen über wichtige institutionelle Komponenten und sollen die Effizienz der Wasserversorgungsbetriebe

steigern. Gleichzeitig führte die Schweiz den politischen Dialog mit den Zielgruppen und gewissen Gebern weiter, um ihr Engagement zu ergänzen oder zu optimieren.

Eine externe Evaluation der SECO-Strategie bestätigte die Relevanz der Unternehmensentwicklung, empfahl aber eine stärkere Ausrichtung auf die Prozesse einzelner Betriebe und die Einbindung des mittleren Kaders.



## KOLUMBIENS AUFBRUCH ZUR INNOVATIONS- UND WISSENSGESELLSCHAFT

Seit einigen Jahren spriessen in Kolumbien immer mehr innovationsfreudige Firmen aus dem Boden. Eine Partnerschaft mit der Schweiz stärkt das nationale Schutzsystem des Geistigen Eigentums und den Technologietransfer.



Kolumbien gilt heute als eines der innovativsten Länder Südamerikas. In den Städten Bogotá und Medellín, einst

berüchtigt als Hochburgen der Gewalt, haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Unternehmen aus dem Technologie-, Dienstleistungs- und kreativen Sektor angesiedelt. Die vielen neuen Firmengründungen belegen, dass sich das urbane Kolumbien zusehends zu einer Innovations- und Wissensgesellschaft entwickelt.

Damit gewinnt der Schutz des Geistigen Eigentums immer mehr an Bedeutung. Das SECO

unterstützt Kolumbien seit 2012 in dieser Entwicklung mit dem «Colombian-Swiss Intellectual Property Project» (COLIPRI) zur Stärkung und Optimierung des nationalen Schutzsystems des Geistigen Eigentums und des Technologietransfers.

Die 2014 im Rahmen von COLIPRI erarbeiteten Optimierungen der Abläufe der Marken- und Patentprüfung werden nun in die Praxis umge-

setzt; hierzu schulen Schweizer Expertinnen und Experten ihre kolumbianischen Fachkolleginnen und -kollegen. Dadurch soll die Nutzung von Patenten und Marken für Unternehmen vereinfacht und somit deren Marktpositionierung verbessert werden. Ferner wurde die Vision eines zukünftigen nationalen Wissens- und Technologietransfersystems konzipiert. Deren Eckpunkte flossen bereits in den Entwurf des Nationalen Entwicklungsplans (2015–2019) ein.

COLIPRI stärkt zudem die Wertschöpfungsketten von traditionellen landwirtschaftlichen und handwerklichen Produkten, um diese durch geografische Herkunftsangaben zu schützen. Damit sollen verstärkt auch ländliche Regionen vom Geistigen Eigentum profitieren können.

## AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2014



### GLOBAL

■ Dank des besseren Zugangs zu Finanzdienstleistungen und des Beitrags des Privatsektors nahmen die Einkommen und die Arbeitsmarktchancen zu. 2014 haben in den DEZA-Partnerländern 300 000 Personen, überwiegend kleinere Landwirtschafts- und Handwerksbetriebe, Agrar- oder Lebensversicherungen abgeschlossen. Mit dem SECO-unterstützten Programm für Nachhaltige Kakao-Produktion (SCPP) wurden 2014 über 15 000 Kakaobauern in Baumpflege und Umweltfragen geschult. Gut 13 500 Haushalte von Kleinbauern erhielten Ausbildungen zum Thema Ernährungspraktiken, davon 80% Frauen.

### ASIEN

■ In Nepal konnten in den letzten zwei Jahren 22 000 Jugendliche eine Stelle finden oder dank verbesserten Zugangs zu Finanzdienstleistungen eine selbstständige Erwerbstätigkeit aufbauen. In Bangladesch verhalf das von der OECD ausgezeichnete Projekt Katalyst 700 000 Kleinbauern und Unternehmen, ihr Einkommen innert zwei Jahren zu steigern. In Indonesien hat das Green Building-Projekt des SECO die Provinzregierung Jakarta dabei unterstützt, energieeffiziente Baustandards umzusetzen und Kosten von USD 4,2 Mio. einzusparen.

### LATEINAMERIKA

■ Durch ein vom SECO unterstütztes Tourismusprojekt konnte das Verfahren für Genehmigungen im Tourismussektor in zwei peruanischen Gemeinden vereinfacht werden. Der administrative Aufwand wurde von 12 auf 6 Tage bzw. von 23 auf 8 Tage reduziert.

### OSTEUROPA/GUS

■ Die vom SECO unterstützten Internationalen Finanz-Corporation (IFC) Advisory Services im Mikrofinanzsektor und in der Corporate Governance zeigen Wirkung: Unternehmen erhielten besseren Zugang zu Finanzen, und die Qualität der Dienstleistungen durch lokale Konsulentenfirmer erhöhte sich. Durch das Programm ist ausserdem der Anteil weiblicher Klienten von Mikrofinanzdienstleistungen auf 38% gestiegen.

### SUBSAHARA-AFRIKA

■ Das SECO unterstützt in Partnerländern die Verbesserung des Geschäftsumfeldes, die Förderung des Zugangs für KMU zu langfristigen Investitionskapital und die Erhöhung der unternehmerischen Fähigkeiten. In Afrika wurden durch ein vom SECO unterstütztes IFC-Programm 22 Reformen zur Beseitigung oder Vereinfachung von Verfahren durchgeführt.

## DEMOKRATIE UND MARKTWIRTSCHAFT



Jugendliche im Kosovo lernen den Bäckerberuf kennen. Die DEZA unterstützt zusammen mit dem Privatsektor ein auf den Arbeitsmarkt abgestimmtes Berufsbildungsangebot, indem sie Brücken zwischen der Berufsbildung und der Arbeitswelt schlägt. Die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor erschliesst den Jugendlichen relevante Ausbildungen.



---

## BERUFSBILDUNG UND JUGEND- BESCHÄFTIGUNG SCHAFFEN PERSPEKTIVEN

Hohe Jugendarbeitslosigkeit plagt viele Entwicklungs- und Transitionsländer. Auch im Westbalkan finden viele Jugendliche keine Arbeit, die ihren Fähigkeiten entspricht. In ihrem Engagement für mehr Jugendbeschäftigung nutzt die Schweiz Elemente des eigenen Berufsbildungssystems.

---

Vor 25 Jahren haben in den sozialistischen und kommunistischen Ländern Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion Reformen hin zu demokratischen, marktwirtschaftlichen Systemen eingesetzt. Die Schweiz unterstützt diese Reformprozesse seit Anfang der 1990er-Jahre. Die Reformen schreiten jedoch unterschiedlich schnell und weit voran. Nach dem Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien bewegen sich die Länder des Westbalkans nun in Richtung einer Integration in die Europäische Union. Sie sind deshalb bestrebt, demokratische, rechtsstaatliche und wirtschaftliche Reformen in Gang zu setzen. Die Schweiz unterstützt im Westbalkan Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien in diesen Bemühungen.

Ein wichtiger Bereich, in dem sich die Schweiz in verschiedenen Regionen der Welt einsetzt, ist die Förderung der Berufsbildung. Sie hat zum Ziel, die in vielen Entwicklungs- und Transitionsländern hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Eine grosse Herausforderung speziell im Westbalkan rührt daher, dass die früheren Staatsunternehmen weitgehend Konkurs gegangen waren und dadurch den Berufsschulen die ursprünglichen Partner für die praktische Ausbildung fehlten. Ohne Partner im Privatsektor konnten die Berufsschulen die Ausbildungsbedürfnisse der Wirtschaft aber nicht mehr decken.

### **Elemente des schweizerischen Systems nützen**

Im Westbalkan hat sich die Schweiz entsprechend den Erfolgsfaktoren des schweizerischen Berufsbildungssystems eingesetzt. Dazu gehört das Engagement für eine Aufwertung der Berufsbildung, für die Verbesserung der Lerninhalte und -methoden, für die Weiterbildung der Lehrkräfte und für eine stärkere Verbindung von Theorie und Praxis in den Lehrgängen. Besonders wichtig ist dabei der Einbezug des Privatsektors in all diesen Bereichen. Gemeinsam mit anderen Ländern, welche ebenfalls ein duales Berufsbildungssystem haben, ist es der Schweiz gelungen, politische Reformen und die Einbettung dualer Elemente in die Berufsbildungssysteme zu fördern. Mit der Zeit hat die Schweiz zusätzlich ihre Erfahrung in der Berufsberatung und der Stellenvermittlung einfliessen lassen. Neuerdings unterstützt sie zudem gezielt Wirtschaftszweige mit grossem Potential, Jugendliche zu beschäftigen.

### **Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre in Albanien ermutigen**

Im Bereich der Berufsbildung und der Jugendbeschäftigung hat die Schweiz 2014 die Erfahrungen der letzten 20 Jahre in Albanien aufgearbeitet. Sie hat in dieser Zeit gut 20 Millionen Franken investiert und, auch dank ihrer Rolle in der Geberkoordination im Bereich der Berufsbildung, eine Reihe ermutigender Resultate erzielt: So hat die



Auszubildende untersuchen die Mechanik eines Automotors in einem Berufsbildungszentrum in Kathmandu, Nepal.

DEZA in einem gross angelegten Programm in 35 Berufsschulen innovative Lehrmethoden eingeführt, neue Lehrpläne für 20 Berufe erstellt und entsprechendes Unterrichtsmaterial erarbeitet, hunderte von Lehrkräften ausgebildet und

Dabei konnte ein verstärktes Engagement privater Unternehmen festgestellt werden. Das staatliche Arbeitsvermittlungssystem kann in der Zwischenzeit ebenfalls einen Anstieg an erfolgreich vermittelten Stellen verzeichnen.

**«Die Berufsbildung hat zum Ziel, die in vielen Entwicklungs- und Transitionsländern hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Schweiz fördert sie, indem sie Elemente des eigenen Berufsbildungssystems nutzt.»**

4000 Abgängerinnen und Abgänger – davon fast die Hälfte junge Frauen – erfolgreich zu einer Anstellung verholfen. Ausserdem haben sich verschiedene Formen der Verbindung der theoretischen und praktischen Ausbildung durchgesetzt.

#### **Einbindung und Zusammenarbeit aller Akteure**

Die Schweiz fördert die Integration der verschiedenen Formen praktischer Ausbildung als festen Bestandteil in die Lehrgänge des Berufsbildungssystems. Dafür bindet sie die verschiedenen Akteure des Staates, die Berufsschulen, die Arbeitsvermittler und die privaten Unternehmen ein. Gemeinsam werden mit der Beschäftigung verbundene Probleme identifiziert, Lösungen gesucht und verabschiedete Massnahmen umgesetzt. In Nordalbanien hat die DEZA dies in drei Regionen bereits erfolgreich getan, wo mehreren hundert Jugendlichen dabei geholfen wurde, eine Stelle zu finden.

Die erfolgreiche Einbindung des Privatsektors ist erwiesenermassen ein Schlüsselement zur Erhöhung der Jugendbeschäftigung. Dafür arbeiten die DEZA und das SECO mit einem systemischen Ansatz zur Stärkung des Marktes, der Staat und Unternehmen motiviert, ihre Zusammenarbeit und das Geschäftsumfeld zu verbessern. So hat sich Albanien im Jahre 2014 dank der Vereinfachung von Firmengründungen, Baubewilligungen und Eintragungen von Grundbesitz laut dem «Doing Business Report» der Weltbank um 40 Plätze auf den 68. Rang von 189 teilnehmenden Ländern vorgeschoben. Die Unternehmen investieren zudem vermehrt in die Ausbildung der Nachwuchskräfte und erobern dank verbesserten Wertschöpfungsketten neue Märkte. Als Folge davon sind sie vermehrt im Stande zu wachsen und mehr Arbeit für Jugendliche anzubieten. Im Bereich der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte konnten zum Beispiel neue Marketingaktivitäten lanciert und die Finanzierung neuer Investitionen erleichtert werden – im Tourismusbereich wurden neue Destinationen ermittelt und das Internet für die Vermarktung besser genutzt.

#### **Engagement auch in anderen Ländern und Regionen**

Die Erfahrungen aus Albanien wurden auch in den anderen Ländern im Westbalkan genutzt. So arbeitet die Schweiz seit einigen Jahren auch im Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina in den Bereichen Berufsbildung, Stellenvermittlung und Unternehmensförderung.

Die Herausforderungen sind dabei ähnlich – die Erfolgsfaktoren ebenfalls. Auch in Ländern ausserhalb Osteuropas, wie beispielsweise in Honduras, Nepal, Tunesien und Burkina Faso fördert die DEZA Berufsbildungsprogramme.

**«Um die praktische Ausbildung fest in die Lehrgänge des Berufsbildungssystems zu integrieren, müssen staatliche Akteure, Berufsschulen, Arbeitsvermittler und private Unternehmen einbezogen werden.»**

Die Länder mit einer grossen Diaspora in der Schweiz profitieren zusätzlich davon, dass einige als Unternehmer in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt sind. Neben unternehmerischem und technischem Wissen nehmen diese Leute ihre Erfahrungen und Kenntnisse des schweizerischen Berufsbildungssystems mit. Die Schweiz betrachtet sie als Wissens- und Erfahrungsträger – und daher als wichtige Verbündete, wenn es darum geht, in Unternehmen Ausbildungsplätze anzubieten und diesbezügliche Reformen im Land voranzutreiben.

## DEMOKRATIE UND MARKTWIRTSCHAFT

- Stärkung der Parlamente, Demokratisierung, Staatsreform
- Förderung der Lokalverwaltung
- Entfaltung von marktwirtschaftlichen Systemen

Die Schweiz unterstützt die Transition zu demokratischen, sozialen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Systemen mit bürgerorientierten Lokalverwaltungen in Ländern des Südens und Ostens. In der Demokratieförderung steht die Stärkung der Parlamente, der Justiz und der guten Regierungsführung im Zentrum. Die Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption ist dabei besonders wichtig. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Privatsektor ist ebenfalls ein zentrales Anliegen des Schweizer Engagements im Transitionsbereich.

## FÜR EIN SICHERES UND DEMOKRATISCHES EUROPA

Mit dem Erweiterungsbeitrag trägt die Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (EU) bei. Dieses Engagement ist Ausdruck von Solidarität und festigt die Grundlage für solide wirtschaftliche und politische Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedstaaten.



Die Schweiz unterstützt die neuen EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa mit einem Erweiterungsbeitrag, der nicht zur

öffentlichen Entwicklungshilfe zählt. In den zehn Ländern, welche seit 2004 zur EU gehören – Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern – sind zurzeit rund 200 Projekte in der Umsetzung.

In Bulgarien und Rumänien, welche 2007 der EU beigetreten sind, konnten bis zum 7. Dezember 2014, dem Ende der Verpflichtungsperiode, insgesamt

13 Thematische Fonds und 28 Projekte in einem Gesamtwert von 257 Millionen Franken genehmigt werden. Zahlreiche von der Schweiz unterstützte Projekte laufen bereits und können schon konkrete Resultate vorweisen: So werden in Bulgarien beispielsweise rund 200 Patientinnen und Patienten nach dem Vorbild des «Spitex»-Modells zu Hause gepflegt, und rund 20 Bauernbetriebe produzieren biologisch und vermarkten ihre Produkte direkt. In

Rumänien erhielten 57 Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU) Zugang zu einem Investitionsfonds, rund 100 Polizeibeamtinnen und -beamte lernten im Rahmen der Förderung bürgernaher Polizeiarbeit die Sprache der Roma und vier rumänische Städte sind daran, eine nachhaltige Energiepolitik umzusetzen – soweit die Zwischenbilanz. Bis Dezember 2019 sollen alle geplanten Projekte umgesetzt sein.

Im Dezember 2014 hat das Schweizer Parlament den Erweiterungsbeitrag für Kroatien im Umfang von 45 Millionen Franken genehmigt. Damit finanziert die Schweiz verschiedene Kooperationsprojekte im Wassersektor, in der Forschung und Berufsbildung sowie zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

## MEHR EFFIZIENZ IN INDONESIAIS ÖFFENTLICHEM FINANZWESEN

Indonesien ist die grösste Volkswirtschaft Südostasiens. Das Land sieht sich aber nicht zuletzt auch durch sein rapides Wachstum mit schwierigen Herausforderungen konfrontiert. Die Schweiz unterstützt Indonesien in der Reform des öffentlichen Finanzwesens.

Indonesien unterzieht sein öffentliches Finanzwesen zurzeit einer tiefgreifenden Reform und wird in diesem aufwendigen Unterfangen seit 2009 vom SECO unterstützt. Der Schweizer Beitrag finanziert ein Programm der Weltbank, welches das Land bei seinen komplexen Reformen begleitet.

So konnte beispielsweise im Bereich der Budgetplanung,

eine Reihe von Verbesserungen vorgenommen werden, welche dem Finanzministerium nun einen grösseren Entscheidungsspielraum ermöglichen. Zu diesem Ergebnis beigetragen hat auch, dass die Zahl der für die Erstellung eines Budgets erforderlichen Dokumente von 20 000 auf 1 000 reduziert werden konnte. Folglich sind die Unterlagen nun weniger detailliert, dafür aber umso strategischer ausgerichtet.

Das Programm fördert zudem die Verwaltungsreform der zentralen Finanzbehörde. Teil dieser Reform war zunächst die Einführung einer einheitlichen Haushaltsrechnung. Danach folgte eine Reihe weiterer Massnahmen, die erhebliche Einsparungen erlaubten – rund 300 Millionen US-Dollar pro Jahr beziehungsweise etwa 4% des Finanzbedarfs der Regierung. Die so eingesparten Mittel konnten

zur Finanzierung von anderen Ausgaben, beispielsweise Infrastrukturvorhaben, verwendet werden. Um die Reformen zu dokumentieren und die Herausforderungen auch für den weiteren Weg Indonesiens auf seinem nachhaltigen und breit abgestützten Wachstumspfad festzuhalten, wurden die ermutigenden Ergebnisse 2014 veröffentlicht.



## AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2014



### GLOBAL

■ Die von der DEZA unterstützten politischen und rechtlichen Reformen führten zu einer besseren Vertretung der Minderheiten und zur Einführung strengerer Rechtsnormen. Zudem absolvierten über 50000 vor allem junge Menschen in 18 Schwerpunktländern der DEZA eine Berufsausbildung.

### ASIEN

■ In Myanmar wurden als Ergebnis des von der DEZA geführten politischen Dialogs sechs neue Lehrberufe ins Berufsbildungssystem aufgenommen. In der Mongolei wurden rechtliche Grundlagen für den Bergbau eingeführt. Das Gesetz reduziert Handelshemmnisse für Bergbauprodukte und formalisiert den Zugang zu diesen Rohstoffressourcen. In Nepal schlossen 2014 über 8000 Jugendliche eine Berufsbildung ab; 95% davon haben bereits eine Stelle gefunden.

### LATEINAMERIKA

■ In Bolivien profitierten 2014 rund 30000 Jugendliche von einer dualen Berufsausbildung. Dieser anerkanntermassen effiziente Bildungsweg fand dazu Eingang in die bolivianische Gesetzgebung. In Nicaragua wurde 2014 dank des von der DEZA geführten politischen Dialogs das Gesetz über Gewalt gegen Frauen angepasst und verschärft.

### OSTEUROPA/GUS

■ Im Westbalkan fanden dank Projekten für Berufsberatung und -bildung fast 1500 Personen eine Stelle. DEZA-unterstützte Reformen haben die zur Gründung eines Unternehmens erforderliche Zeitspanne von 52 auf 10 Tage verkürzt. In 11 Ländern Osteuropas konnten dank SECO-Unterstützung 39 Gesetzesänderungen und Prozessvereinfachungen vorgenommen werden, was zu Einsparungen für den Privatsektor von etwa USD 77 Mio. geführt hat. Über 685000 Personen haben zudem durch SECO-Projekte Zugang zu öffentlichen Energie-, Wasser- und Abwasserdienstleistungen erhalten.

### SUBSAHARA-AFRIKA

■ In Ruanda wurden in den fünf Berufsbildungszentren, die 2014 fertiggestellt wurden, 500 Lernende ausgebildet (50% Frauen). In Tansania hat die Kleinbauernvereinigung einen Sitz im Verfassungsrat erhalten und erreicht, dass Landwirtschaftsrechte in der Verfassung verankert wurden. In Mosambik wurde die Transparenz in der Bergbauproduktion dank eines neuen Gesetzes verbessert.

## ENTWICKLUNGSFÖRDERNDE GLOBALISIERUNG



Arbeiterinnen verpacken Blumen bei einem Produzenten und Exporteur von Schnittblumen in Gachancipa, Kolumbien. Die Firma trägt die GLOBAL GAP Zertifizierung, die sie zu einer umweltschonenden und sozialverträglichen Produktion verpflichtet.

---

## DAS POTENZIAL DER ARBEITSMIGRATION ERKENNEN UND NUTZEN

Arbeitsmigrantinnen und -migranten tragen oft substantiell zur Entwicklung ihrer Herkunfts- und Zielländer bei. Ihre Rechte sind jedoch häufig ungenügend geschützt. Die Schweiz engagiert sich daher für sichere Migrationsprozesse und bessere rechtliche und materielle Rahmenbedingungen für Migrantinnen und Migranten.

---

Migration war für Menschen schon immer eine Strategie, um Armut, Konflikten und den Auswirkungen von Umweltkatastrophen zu entfliehen, gleichwohl aber auch um Arbeit und ein besseres Einkommen zu finden. Heute gibt es weltweit geschätzt 232 Millionen internationale Migrantinnen und Migranten. Davon sind rund 90% Menschen, die ihre Heimat verlassen, um anderswo nach Arbeit zu suchen und für ihren eigenen sowie den Unterhalt ihrer Familien ein besseres Einkommen zu erwerben.

Arbeitsmigration bringt dabei Vorteile für die Herkunfts- und Destinationsländer dieser Menschen: Erstere profitieren von Lohnüberweisungen und dem Transfer von Wissen und Fähigkeiten, während in letzteren die Arbeit der Migrantinnen und Migranten oft ein wichtiger Motor für das Funktionieren der Wirtschaft und der Gesellschaft ist. Die Schweiz begann, sich als eines der ersten Geberländer ganzheitlich mit den verschiedenen Phasen der Migration zu beschäftigen – von der Abreise, über die Ein- und bis hin zur Rückreise der Migrantinnen und Migranten. Sie engagiert sich mit Projekten im gesamten Migrationszyklus und arbeitet intensiv mit Regierungen und Zivilgesellschaften in den Herkunfts- und Destinationsländern zusammen. Dabei verfolgt sie das Ziel, die Rahmenbedingungen der Arbeitsmigration zu verbessern und den Beitrag, den Migration zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leistet, zu erhöhen.

### **Engagement im wichtigsten Korridor der Arbeitsmigration**

Die Schweiz engagiert sich in einem der weltweit wichtigsten Korridore für Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Dieser verläuft von Süd- und Südostasien in den Nahen Osten. Millionen meist wenig qualifizierte Arbeitskräfte aus Bangladesch, Nepal, den Philippinen und anderen Ländern dieser Region finden jährlich Arbeit in den Golfstaaten, im Libanon und Jordanien. Viele arbeiten als Hausangestellte, auf Baustellen oder in der Textilindustrie. Die materiellen und rechtlichen Rahmenbedingungen dieser Stellen sind oft prekär und die Gefahr von Ausbeutung, Diskriminierung und Gewalt – speziell auch gegen Frauen – gross. Zusätzlich stellt sich die Frage, wie diese Menschen am besten unterstützt werden können, damit ihre Migration effizient und langfristig zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer beiträgt und auch für die Destinationsländer nutzbringend ist.

### **Besser vorbereitet und besser informiert**

Durch verschiedene Initiativen geht die Schweiz die Herausforderungen während des gesamten Zyklus der Migration an. Die Schweiz arbeitet mit verschiedenen Partnern, um Arbeitsmigrantinnen und -migranten besser auf ihre Tätigkeit und Situation vorzubereiten. Dabei erhalten diese in Orientierungsseminaren vor ihrer Abreise wertvolle Informationen über ihre Rechte und Pflichten sowie die zu erwartenden Arbeits- und Lebensbedingungen im Zielland. Seit 2013 konnten in

Sri Lanka dadurch 52 000 Haushalte besser informierte Migrationsentscheidungen treffen. Zusätzlich setzt die DEZA in Nepal und Bangladesch Projekte im Bereich Berufsbildung für Migrantinnen und Migranten um. Dabei erlernen migrierende Arbeitskräfte handwerkliche Fähigkeiten, die in den Golfstaaten besonders gefragt sind und durch die sie einen höheren Lohn erzielen.

**«Die Schweiz beschäftigt sich ganzheitlich mit den verschiedenen Phasen der Migration und arbeitet mit Partnern zusammen, um Arbeitsmigrantinnen und -migranten besser auf ihre Migration vorzubereiten.»**

Die Schweiz unterstützt auch Bestrebungen, Rekrutierungsagenturen zu regulieren und durch Kontrolle und Anreizsysteme zu fairen und ethischen Rekrutierungsmethoden in der Arbeitsmigration anzuhalten. Im Destinationsland gehören Initiativen zur Verbesserung des Zugangs zur Justiz und zu Dienstleistungen für Migrantinnen und Migranten zu den Aktivitäten des Schweizer Engagements. Schliesslich werden die Menschen auch bei der Wiedereingliederung ins Herkunftsland unterstützt. In Sri Lanka lernen zurückgekehrte Migrantinnen und Migranten mithilfe eines von der DEZA entwickelten Handbuchs, ihr Erspartes wirtschaftlich nachhaltig einzusetzen.

**Bessere Arbeitsbedingungen**

Das SECO unterstützt zudem Programme zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, unter denen Migrantinnen und -migranten vor allem in den Fabriken der Lieferketten arbeiten. Diese Arbeitnehmenden sind mehrheitlich Frauen, die aus den ländlichen Gemeinschaften des gleichen Landes oder aus noch ärmeren Ländern stammen. Besondere Anstrengungen werden unternommen, um die Diskriminierung in den Fabriken zu beseitigen, zum Beispiel durch besseren Zugang zu sozialer Sicherheit und zu Gewerkschaften. Die Erfahrung zeigt, dass Frauen durchschnittlich ein Viertel mehr Geld in ihre Heimat senden als Männer.

Die Schweiz ist auch im Politikdialog zu Migration und Entwicklung aktiv. Sie engagiert sich auf regionaler Ebene in staatlichen Konsultationsprozessen zur Arbeitsmigration wie dem «Colombo Process» und dem «Abu Dhabi Dialogue». Dabei geht es um verbesserte rechtliche und materielle Rahmenbedingungen für Migrantinnen und Migranten. Ihr pragmatisches, neutrales und fachlich kompetentes Engagement wird von den Partnern geschätzt. So wurde die Schweiz als einziger Nicht-Mitgliedstaat im November 2014 als Beobachter an das Ministertreffen des «Abu Dhabi Dialogue» eingeladen.

**Steigende Relevanz auf der Entwicklungsagenda**

Arbeitsmigration wird in den kommenden Jahren immer prominenter auf der Agenda von Entwicklungsagenturen stehen. Einerseits weil die Verknüpfungen zwischen Migration und Entwicklung – auch dank dem Engagement der Schweiz – anerkannt und besser verstanden werden, andererseits weil das Thema in den Medien immer grössere Beachtung findet. Berichte über die schwierigen Arbeitsbedingungen auf den Grossbaustellen in Katar, wo aktuell die Infrastruktur für die Fussball-Weltmeisterschaft 2022 gebaut wird, haben massgebend dazu beigetragen.

**«Initiativen zur Verbesserung des Zugangs zur Justiz und zu Dienstleistungen für Migrantinnen und Migranten gehören zu den Aktivitäten des Schweizer Engagements.»**

Die Schweiz hat in den letzten Jahren sowohl durch Feldpräsenz als auch auf politischer Ebene die Diskussion im Bereich Migration und Entwicklung stark geprägt. Diese Erfahrung wird ihr helfen, sich weiterhin effizient und mit innovativen Initiativen für Arbeitsmigranten und -migrantinnen in der ganzen Welt einzusetzen und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Herkunfts- und Destinationsländern beizutragen.





Diese Textilfabrik in Sri Lanka bietet überdurchschnittlich gute Arbeitsbedingungen und lässt Gewerkschaften zu. Die Fabrik liegt in einem Industriegebiet und stellt Transportmittel von und zur Arbeitsstelle zur Verfügung. Von den 1200 Mitarbeitenden sind 83% Frauen.

## ENTWICKLUNGSFÖRDERNDE GLOBALISIERUNG

- Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen
- Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
- Effiziente Ressourcennutzung

Entwicklungsfördernde internationale Spielregeln geben auch kleinen oder armen Ländern eine Chance, ihre Rechte durchzusetzen. Die Regelwerke der Staatengemeinschaft müssen so ausgestaltet werden, dass alle ihre umweltpolitischen Rechte wahrnehmen und sich nachhaltig in den Weltmarkt integrieren können.

Die Schweiz engagiert sich aktiv in den UNO-Umweltorganisationen, der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken und der Landwirtschaftsorganisation FAO. Doch auch Entwicklungsländer müssen einen Beitrag leisten und Verpflichtungen übernehmen. Dazu gehören eine nachhaltige Nutzung der Umwelt, ein effizienter Gebrauch von Ressourcen und die Bereitstellung nichtfossiler Energieträger.

## VOM DORFBRUNNEN ZUM WASSERSYSTEM: EIN MODELL IN PERU MACHT SCHULE

Neue Formen zur Finanzierung und erfolgreichen Bewirtschaftung von Wasser- und Abwassersystemen in Peru helfen dabei, Ungleichheiten zwischen Stadt und Land abzubauen.



Klein und unspektakulär begann das Wasser- und Abwasserprojekt namens «SABA» im Hochland Perus vor rund zwanzig Jahren: In abgelegenen

Dorfgemeinschaften organisierten sich die Bauern, um Trinkwasser zu ihren Häusern zu leiten. Schweizer Ingenieure und einheimische Fachkräfte standen mit technischem Fachwissen beratend zur Seite. Neuerungen wie Sickergruben oder Siphons für Toilettenanlagen fanden Einzug.

Zum erfolgreichen Betrieb der Systeme gehört eine enge Zusammenarbeit von Behörden, Dorfgemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen und

lokalen Unternehmen. Betreiber und Nutzniesser müssen ermächtigt und ausgebildet, die staatlichen Instanzen auf ihre Aufgaben vorbereitet werden. Dabei wurde auch die Beteiligung der Frauen in die Planung und ins Management gefördert.

Mit Unterstützung der Schweiz entstand ein Management-Modell für ländliche Wassersysteme, das die Regierung Perus zum Standard für die Landgebiete erklärt hat. So erhielten bisher 732 000 Perso-

nen besseren Zugang zu sanitärer Grundversorgung und 297 000 besseren Zugang zu Trinkwasser. Innert vier Jahren will der peruanische Staat 1,2 Milliarden US-Dollar für die Verbesserung der sanitären Situation ausserhalb der grossen Agglomerationen einsetzen, wo 40% der Bevölkerung noch keinen sicheren Trinkwasserzugang hat.

Die Hebelwirkung des Schweizer Beitrags von knapp 1,2 Millionen US-Dollar ist beträchtlich. Ähnliche Erfolge wurden auch in anderen lateinamerikanischen Ländern erzielt: So erhielten durch innovative Wasserprojekte der DEZA in Haiti 251 000, in Nicaragua 351 000, und in Honduras fast 500 000 Personen gesicherten Trinkwasserzugang.

## GREEN CLIMATE FUND: INVESTITIONEN FÜR MEHR KLIMASCHUTZ

Die Auswirkungen des Klimawandels sind für arme Bevölkerungsgruppen und Entwicklungsländer besonders gravierend. Mit der Investition in den Green Climate Fund unterstützt die Schweiz Entwicklungsländer beim Wandel hin zu einer emissionsarmen und klimaresistenten Entwicklung.

Mit einem finanziellen Beitrag von 100 Millionen US-Dollar an den Green Climate Fund (GCF) hat die Schweiz ihr Engagement für den Klimaschutz in Entwicklungsländern substantiell erhöht. Der GCF ist mit über 10 Milliarden US-Dollar der grösste globale Klimafonds unter der UNO-Klimakonvention, der Entwicklungsländer beim Wandel hin zu einer emissionsarmen und klimaresistenten Zukunft unterstützen soll.

«Die Erfahrung zeigt, dass globale Klimaziele in Entwicklungsländern nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn diese gleichzeitig von lokalen Entwicklungsfortschritten profitieren, sagt Anton Hilber, Leiter des Globalprogramms Klimawandel der DEZA. Die begünstigten Länder sollen konkrete Massnahmen zur Minderung von Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an den Klimawandel ergreifen, deren

Umsetzung der GCF mitfinanziert. Durch die Unterstützung von Klimaschutzmassnahmen leistet der GCF nicht nur einen Beitrag zur Armutsbekämpfung, sondern fördert auch den Umweltschutz und die globale nachhaltige Entwicklung.

Mit ihrem Sitz im Exekutivrat des GCF kann die Schweiz die Aufgaben und Mittelverwendung des Fonds aktiv mitgestalten. Sie setzt sich dabei ins-

besondere für den Schutz verletzlicher Bevölkerungsgruppen und Entwicklungsländer vor klimabedingten Naturkatastrophen sowie eine enge Kooperation mit dem Privatsektor ein.

«Der Übergang zu emissionsarmen und klimaresistenten Gesellschaften ist nicht allein mit öffentlichen Mitteln zu bewerkstelligen, so Hilber. «Es ist notwendig, dass die Privatwirtschaft auf emissionsarme Technologien und Produktionsverfahren umstellt.



## AUSGEWÄHLTE RESULTATE 2014



### GLOBAL

■ Bei der Vorbereitung des neuen Rahmenwerks für eine nachhaltige Entwicklung post-2015 leistete die Schweiz wichtige Beiträge: bei der Aufnahme eines Ziels zur Wassersicherheit, Berücksichtigung des Themas nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster in den allgemeinen Zielen, Ausarbeitung eines Ziels über Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit, Aufnahme der reproduktiven und sexuellen Gesundheit und der Achtung der damit verbundenen Rechte.

■ Die DEZA hat sich massgeblich dafür eingesetzt, dass der hochrangige Dialog der Vereinten Nationen über Migration und Entwicklung innerhalb des UNO-Systems gefestigt wird. Die Migration wird zunehmend als wichtiger Entwicklungsfaktor anerkannt.

■ Im Jahr 2014 förderte die DEZA internationale Regelwerke zur Verbesserung der Ernährungssicherheit. Sie wirkte mit bei der Verabschiedung der Grundsätze für verantwortungsvolle Investitionen in Landwirtschafts- und Ernährungssysteme sowie bei der Umsetzung von Leitlinien für einen sicheren und gleichberechtigten Zugang zu natürlichen Ressourcen und zu Land.

■ 2014 wurde der Green Climate Fund gegründet. Der starke Einbezug des Privatsektors in die multilateralen Verhandlungen, namentlich was die Finanzierung von Massnahmen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels anbelangt, ist grösstenteils auch ein Verdienst der Schweiz.

■ Seit 2011 beteiligt sich das SECO an der Weltbankinitiative «Partnership for Market Readiness», die Entwicklungs- und Transitionsländer u.a. beim Aufbau von Emissionshandelssystemen sowie bei der Einführung von CO<sub>2</sub>-Steuern unterstützt.

■ Das SECO hat 2014 aktiv am internationalen Politikdialog zum Thema «Urban Development» teilgenommen. Das SECO brachte führende Organisationen zusammen, um Erfahrungen in der nachhaltigen Stadtentwicklung auf nationaler und lokaler Ebene zu vergleichen und in Projekte einfließen zu lassen.

# 17 NEUE GLOBALE ZIELE FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die Post-2015-Agenda bildet einen universell gültigen Referenzrahmen für eine nachhaltige Entwicklung nach 2015.

Die Schweiz ist aktiv an ihrer Gestaltung beteiligt.

Seit dem Jahr 2000 bilden die bis 2015 zu erreichenden Millenniumsentwicklungsziele, oder Millennium Development Goals (MDGs), den politisch-strategischen Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Für die Zeit nach 2015 soll ein neues, von möglichst allen Ländern unterzeichnetes, gültiges Rahmenwerk etabliert werden: die sogenannte Agenda für eine Nachhaltige Entwicklung post-2015 (kurz: Post-2015-Agenda). Diese Agenda soll soziale und wirtschaftliche Entwicklung mit ökologischer Verantwortung kombinieren. Mit ihr werden auch neue globale und nachhaltige Entwicklungsziele, die Sustainable Development Goals (SDGs), eingeführt.

## Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit



Im Gegensatz zu den MDGs, welche auf Entwicklungsländer fokussierten, werden die neuen SDGs für alle Länder der Welt gültig sein und die nationalen und internationalen

Anstrengungen zur Lösung globaler Herausforderungen leiten. Mit dem Anspruch der Universalität und der ausgewogenen Integration der sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Dimensionen soll der neue Referenzrahmen bis 2030 zu einer Entwicklung beitragen, die Nachhaltigkeit stärker gewichtet als bisher. Dieser neue Rahmen nimmt auch Bezug auf Gouvernanz, Menschenrechte und sichere und friedvolle Entwicklung. Mit der Post-2015-Agenda wird die internationale Entwicklungszusammenarbeit Anpassungen erfahren. Deren Inhalte werden durch neue Themen erweitert, während die Umsetzung und Finanzierung auch den Einbezug neuer Ansätze, Instrumente und Akteure erfordern.

## Erfolgreiche Schweizer Positionierung

Die Schweiz beteiligt sich seit 2012 am Ausarbeitungsprozess für die Post-2015-Agenda und hat diesen bisher wesentlich beeinflusst. Sie positioniert sich in 16 thematischen Bereichen und setzt sich insbesondere für Einzelziele in den Themenfeldern Wassersicherheit, Gesundheit, Geschlechtergleichstellung sowie Frieden und inklusive Gesellschaften ein. Weiter unterstützt sie aktiv die Integration der Themen Verringerung des Katastrophenrisikos, Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion sowie Migration und Entwicklung.

Die Position der Schweiz wurde in einem von der DEZA koordinierten, breiten nationalen Konsultationsprozess vorbereitet und am 25. Juni 2014 vom Bundesrat gutgeheissen. Die Schweizer Verhandlungsdelegation konnte die Position bisher erfolgreich in die wichtigsten Prozesse und Dokumente der Post-2015-Agenda einbringen. So nahm die Schweiz beispielsweise in der offenen Arbeitsgruppe zu Zielen für eine Nachhaltige Entwicklung – der «Open Working Group on SDGs» – teil, welche im Juli 2014 einen Bericht mit 17 Zielvorschlägen verabschiedete.

Dank dem Schweizer Engagement wurde im Bericht der Arbeitsgruppe unter anderem der inhaltliche Vorschlag für ein Wasserziel übernommen. Zudem finden sich im Schlusssdokument konkrete Schweizer Vorschläge für Unterziele zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte, Verringerung des Katastrophenrisikos, Migration und Ressourceneffizienz. Ausserdem gelang es der Schweiz in Allianz mit anderen Ländern, ein Ziel zu Frieden und inklusiven Gesellschaften zu verankern.

Der Bericht der Arbeitsgruppe stellt eine wesentliche Grundlage für die 2015 stattfindenden zwischenstaatlichen Verhandlungen zur Post-2015-Agenda dar, die schliesslich im September anlässlich eines Gipfeltreffens der Staatengemeinschaft in New York verabschiedet werden.

## DIE 17 ZIELE IM EINZELNEN

1. Armut in jeder Form und überall beenden
2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
4. Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern
5. Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen
6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemässer Energie für alle sichern
8. Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
9. Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
10. Ungleichheit in und zwischen Staaten verringern
11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
12. Konsum- und Produktionsmuster nachhaltig gestalten
13. Umgehend Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen
14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
17. Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung Wiederbeleben

## MIT PARTNERSCHAFTEN NEUE WEGE GEHEN

Multilaterale Partner sind in der internationalen Zusammenarbeit zentrale Akteure. Sie verfügen über das technische und finanzielle Volumen und die Erfahrung, um Massnahmen national und international zu koordinieren und umzusetzen. Auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Unternehmen und Forschungsinstitute tragen vielseitig zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen bei.

Sei es beim Thema Ernährungssicherheit, im Gesundheitswesen, in der Bildung, bei der Wasserversorgung oder in Finanz- und Wirtschaftsfragen – in vielen Bereichen arbeiten die DEZA und das SECO eng mit Partnern aus dem In- und Ausland und in internationalen Gremien zusammen. Was all diese Akteure verbindet ist, dass sie ganz spezifische Kompetenzen und Wissen in die internationale Zusammenarbeit einbringen. Umgekehrt profitieren sie wiederum von den Kenntnissen und Erfahrungen der Schweiz und lassen diese in ihre Arbeit einfließen.

Damit tragen Partnerschaften, etwa mit NGOs, wesentlich dazu bei, ärmeren Bevölkerungsschichten in den verschiedenen Ländern Zugang zu produktiven Ressourcen und Basisdienstleistungen zu ermöglichen. Beispiele dafür reichen von der innovativen Abfallbewirtschaftung, über den Schutz von Minderjährigen durch alternative Formen der Jugendjustiz, bis hin zu agrarischen Wertschöpfungsketten und der Tourismusförderung und Verbesserungen im Personalbestand von Spitälern durch neue Finanzierungs-lösungen.

Gerade bei der Ausarbeitung neuer Finanzierungsmodelle spielen die multilateralen Entwicklungsbanken eine wichtige Rolle. Denn sie haben als Vermittler bereits langjährige Erfahrung darin, öffentliche und private Geldgeber erfolgreich in Entwicklungsprojekte einzubinden, und zeichnen sich durch ihre politische Sensibilität und ihre Finanzvolumina aus. Auch bei strategischen Themen, wie z.B. Wasser oder Klima, sind sie wichtige Partner für die Schweiz. Universitäten und Hochschulen arbeiten ebenfalls eng mit der Schweiz zusammen. Sie tragen einerseits

zur Lösung von Entwicklungs- und Zukunftsproblemen bei. Andererseits profitieren die Schweiz und die internationale Zusammenarbeit von ihrem Expertenwissen.

Die Beispiele zeigen, dass viele entwicklungspolitische Herausforderungen und globalen Risiken unserer Zeit langfristig nur bewältigt werden können, wenn private, öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure enger zusammenarbeiten. Denn nur im Zusammenwirken aller beteiligten Akteure können die notwendigen finanziellen Mittel und technischen Ressourcen aufgebracht werden. Institutionelle Partnerschaften sind daher unverzichtbare Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Entwicklung und Grund dafür, warum sich die Schweiz auch in Zukunft an ihnen beteiligen wird.

---

## DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT (DEZA)

**Die DEZA ist die Agentur für internationale Zusammenarbeit des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Ihre Aktivitäten gliedern sich in folgende Bereiche:**

Die **Regionale Zusammenarbeit** unterstützt in Schwerpunktländern in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie in ausgewählten Konfliktländern und -regionen die Eigenanstrengungen von Organisationen und Menschen, ihre Armuts- und Entwicklungsprobleme zu bewältigen. Insbesondere in fragilen Kontexten trägt die DEZA zur Reduktion von Konfliktursachen, Stärkung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Krisenresistenz sowie zum besseren Schutz und zur Wahrnehmung der Menschenrechte bei. Die regionalen Entwicklungsbanken sind dabei wichtige Partner.

Die **Zusammenarbeit mit Osteuropa und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)** unterstützt politische und wirtschaftliche Reformprozesse im Westbalkan, in der Kaukasusregion sowie in Zentralasien, um besser Krisen und Konflikte zu überwinden. Gemeinsam mit dem SECO setzt sie den Erweiterungsbeitrag an die neuen EU-Mitgliedstaaten um.

Im Rahmen der **Globalen Zusammenarbeit** wirkt die Schweiz mit inhaltlichen und finanziellen Beiträgen in UNO-Organisationen, internationalen Finanzierungsinstitutionen (Weltbank, Regionalbanken) und in globalen Netzwerken mit. Die DEZA leistet mit den Globalprogrammen einen Beitrag zur Bewältigung globaler Risiken wie Klimawandel, Ernährungsunsicherheit, Wasserknappheit und Migration, welche die Entwicklungsperspektiven armer Länder stark beeinflussen.

Die **Humanitäre Hilfe** des Bundes mit dem Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH) rettet Leben und lindert Leiden durch Nothilfe und Wiederaufbau nach Naturkatastrophen und in Konfliktgebieten. Sie unterstützt Präventionsmassnahmen und setzt sich insbesondere für die Opfer von Krisen und Konflikten ein.

Die DEZA beschäftigt im In- und Ausland 1717 Personen, einschliesslich der Lokalangestellten. Die eingesetzten Mittel betragen 2014 2,23 Milliarden Franken. Direktor der DEZA ist Botschafter Manuel Sager.

---

## STAATSSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (SECO)

**Das SECO ist Teil des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF). Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung konzipiert wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen mit ausgewählten fortgeschrittenen Entwicklungs- und Transitionsländern sowie den neuen EU-Mitgliedstaaten (Erweiterungsbeitrag) und setzt diese um.**

Hauptziel des Bereichs ist die **Förderung eines wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Wachstums**, welches neue Arbeitsplätze schafft, eine höhere Produktivität begünstigt und zur Minderung von Armut, Ungleichheiten und globalen Risiken beiträgt. Der Bereich koordiniert zudem die Beziehungen der Schweiz zur Weltbankgruppe, zu den regionalen Entwicklungsbanken und den Wirtschaftsorganisationen der UNO.

Um die **Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft** zu fördern und ihre **Wettbewerbsfähigkeit zu steigern**, konzentriert der Leistungsbereich seine Aktivitäten auf die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, den Ausbau städtischer Infrastruktur und Versorgung, die Unterstützung des Privatsektors und Unternehmertums, die Förderung des nachhaltigen Handels und die Stimulierung eines klimafreundlichen Wachstums.

Das SECO wird von Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch geleitet. Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschäftigt im In- und Ausland 205 Mitarbeitende, einschliesslich der Lokalangestellten. 2014 investierte er 391 Millionen Franken. Geleitet wird der Bereich von Botschafterin Beatrice Maser.



#### Impressum

Herausgeber:  
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA  
**Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA**  
Freiburgstrasse 130  
3003 Bern  
Telefon +41 (0)58 462 44 12  
[www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch)  
[deza@eda.admin.ch](mailto:deza@eda.admin.ch)

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
**Staatssekretariat für Wirtschaft SECO**  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern  
Telefon +41 (0)58 464 09 10  
[www.seco-cooperation.admin.ch](http://www.seco-cooperation.admin.ch)  
[info@seco-cooperation.ch](mailto:info@seco-cooperation.ch)

Redaktion/Koordination/Statistik:  
Direktionsstab DEZA  
SECO Kooperation

Grafik/Konzept:  
Julia Curty, SUPERScript GmbH, Brügg bei Biel/Bienne  
[www.superscript.ch](http://www.superscript.ch)

Fotos:  
Titelseite G.M.B. Akash/Panos  
Seite 4 Giacomo Pirozzi/Panos  
Seite 8 Ivor Prickett/Panos  
Seite 10 Christian Als/Panos  
Seite 16 G.M.B. Akash/Panos  
Seite 22 Karakalpak Savitsky museum (Nukus Art Museum)  
Seite 23 Eric Lafforgue/Rapho  
Seite 26 Robert Wallis/Panos  
Seite 28 Petrut Calinescu/Panos  
Seite 32 Vedat Xhymshiti  
Seite 34 Mikkel Ostergaard  
Seite 36 Chris Stowers/Panos  
Seite 38 Paul Smith/Panos  
Seite 41 Fernando Molerés/Panos  
Seite 44 [arcross/123rf.com](http://arcross/123rf.com)

Übrige: EDA/DEZA, SECO

Druckerei:  
galleria ag  
9442 Berneck

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch,  
Italienisch und Englisch erhältlich.  
Weitere Exemplare können bestellt werden  
bei [deza@eda.admin.ch](mailto:deza@eda.admin.ch) oder über  
Telefon +41 (0)58 462 44 12

Bern 2015



# Statistik 2014

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

## Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)

- Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) umfasst gemäss internationaler Definition alle Finanzströme an Entwicklungsländer und –regionen (zurzeit 146) sowie an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die: (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen; (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen; (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden.
- Die Leistungen der Geberländer des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD werden in der Regel anhand der Prozente der APD bezogen auf das Bruttonationaleinkommen (BNE) gemessen.
- Um die Vergleichbarkeit und die Transparenz der APD-Leistungen seiner 29 Mitglieder (28 Länder und die Europäische Union) sicherzustellen, hat der DAC umfassende statistische Richtlinien ausgearbeitet, welche die Berechnungsgrundlagen der Mitgliedsländer regeln. Diese Richtlinien definieren die Aktivitäten und die Beiträge, die als APD deklariert werden dürfen. Die Richtlinien werden periodisch angepasst und aktualisiert.
- Die APD der Schweiz umfasst im Wesentlichen die Ausgaben der DEZA und des SECO (Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), der zwei Organe, die mit der Ausführung des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe und des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas beauftragt sind. Weitere Bundesämter sowie 25 Kantone und rund 200 Gemeinden beteiligen sich ebenfalls an der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Entsprechend der Berechnungspraxis des DAC berücksichtigt die Schweiz in ihrer APD seit 2004 auch die bilateralen Entschuldungsmassnahmen (im Rahmen des Pariser Clubs) und die Kosten für die Hilfe an Asylsuchende aus Entwicklungsländern während ihres ersten Jahres in der Schweiz.
- Die Gesamtheit der jährlichen Ausgaben der DEZA und des SECO, die in der Staatsrechnung aufgeführt sind, wird in den Statistiken der APD nicht automatisch abgebildet. Gemäss den internationalen Richtlinien müssen gewisse statistische Anpassungen vorgenommen werden (nicht inbegriffen sind Zahlungen an Länder oder Organisationen, die nicht auf der OECD/DAC Liste aufgeführt sind; sowie spezifische multilaterale Beiträge, die einer anderen Berechnungsmethode unterliegen, siehe Kommentar zur Tabelle 4, S. 15).
- Der Beitrag der DEZA und des SECO an die Erweiterung der Europäischen Union (EU) wird in dieser Broschüre nicht im Detail aufgeführt.

## Entwicklungsfinanzierung über die APD hinaus

- Nicht-APD-Mittel nehmen einen grossen Platz in der Entwicklungsfinanzierung ein. Für die Schweiz handelt es sich dabei um private Kapitalflüsse zu Marktbedingungen (Direktinvestitionen im Ausland, Portfolio-Investitionen, garantierte Exportkredite) sowie private Spenden von Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen.

### Verwendete Zeichen:

- |   |                          |
|---|--------------------------|
| 0.0 = Betrag ist kleiner als 50 000 Fr. | p = provisorische Zahlen |
| – = Betrag ist null                     | r = revidierte Zahlen    |
| .. = keine Angaben                      |                          |

Detaillierteres Zahlenmaterial findet sich in der jährlich erscheinenden Broschüre «Entwicklungshilfe der Schweiz» der DEZA und auf den Internetseiten der DEZA und des SECO.

[www.eda.admin.ch/deza/de/home/aktivitaeten\\_projekte/zahlen\\_und\\_statistiken.html](http://www.eda.admin.ch/deza/de/home/aktivitaeten_projekte/zahlen_und_statistiken.html)  
[www.seco-cooperation.admin.ch](http://www.seco-cooperation.admin.ch)

Statistiken per 15.05.2015

# ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE (APD) DER SCHWEIZ

Seiten 4–17

## AUSGABEN DEZA/SECO

Seiten 20–34



Tabelle 1

 ENTWICKLUNG DER ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSHILFE (APD)  
 UND DER PRIVATEN SPENDEN DER NGOs DER SCHWEIZ  
 1960–2014 (MIO. FR.)

	1960	1970	1980	1990
<b>APD</b>	<b>15.1</b>	<b>130.0</b>	<b>423.1</b>	<b>1 041.4</b>
Bund	15.1	126.4	416.7	1 025.6
Kantone und Gemeinden <sup>a</sup>	..	3.6	6.4	15.8
Bruttonationaleinkommen (BNE) <sup>b</sup>	37 066	92 570	177 270	347 228
<b>APD in % des BNE</b>	<b>0.04%</b>	<b>0.14%</b>	<b>0.24%</b>	<b>0.30%</b>
APD in % der Ausgaben des Bundes	0.56%	1.63%	2.38%	3.29%
APD in % der öffentlichen Ausgaben <sup>c</sup>	0.23%	0.64%	0.90%	1.20%
<b>Private Spenden NGOs</b>	<b>..</b>	<b>50.8</b>	<b>106.6</b>	<b>148.6</b>
Private Spenden der NGOs in % des BNE	..	0.05%	0.06%	0.04%

a Schätzung für 2014.

b Angaben des Bundesamtes für Statistik gemäss alter Berechnung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95), definitiv bis 2011 und provisorisch für 2012 (BFS, August 2014). Provisorische Angaben BFS für 2013 gemäss neuer Berechnung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG2010), welche am 3.10.2014 in Kraft getreten ist. Für 2014 Schätzung des SECO vom 3.3.2015.

c Ausgaben der öffentlichen Haushalte, bereinigt um Doppelzählungen (BFS/EFV).

Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz erreichte 2014 3246 Millionen Franken. Dies entspricht gegenüber 2013 einer Zunahme von 280 Millionen Franken. Dieser Anstieg ist auf den Entscheid des Parlaments zurückzuführen, die APD bis 2015 schrittweise auf 0.5% des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen, sowie auf die Zunahme der Kosten für den Aufenthalt von Asylsuchenden in der Schweiz und der Operationen des Swiss Investment Fund for Emerging Markets (SIFEM).

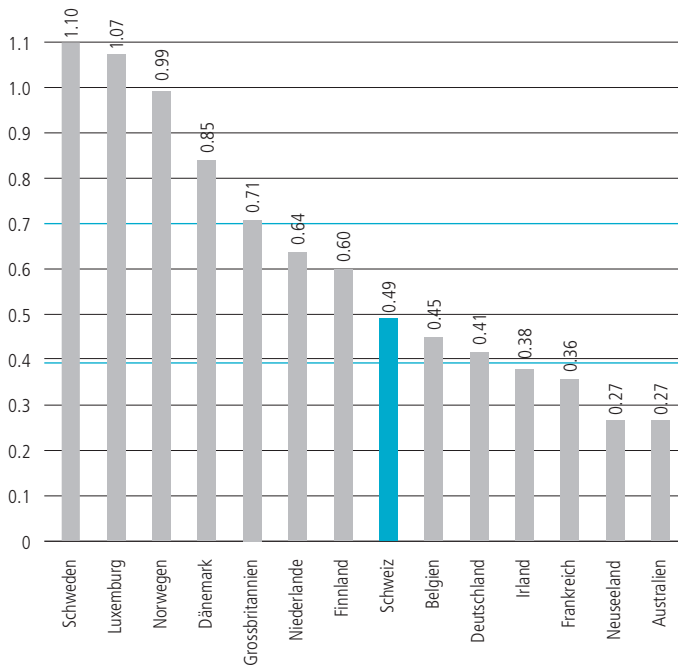
Gemessen am BNE betrug der Anteil der APD 2014 0.49%, was die Zunahme der APD und die Stagnation des BNE widerspiegelt. Dank des durchschnittlichen jährlichen Wachstums des APD Betrages der Schweiz ist das Ziel der 0,5% in Sichtweite. Die Erreichung und Stabilisierung dieses Ziels in den kommenden Jahren ist von der konjunkturellen Entwicklung (Betrag BNE) und der anrechenbaren Anteile der APD, insbesondere derjenigen für die Asylbewerber (2014 repräsentieren diese 14% der APD) abhängig.

2000	2010	2011	2012	2013 <sup>r</sup>	2014 <sup>p</sup>
<b>1 510.9</b>	<b>2 398.0</b>	<b>2 706.7</b>	<b>2 861.4</b>	<b>2 965.9</b>	<b>3 246.0</b>
1 488.6	2 350.4	2 664.5	2 797.1	2 910.6	3 191.0
22.3	47.6	42.2	64.3	55.2	55.0
463 558	610 174	590 441	611 979	664 994	664 557
<b>0.33%</b>	<b>0.39%</b>	<b>0.46%</b>	<b>0.47%</b>	<b>0.45%</b>	<b>0.49%</b>
3.21%	4.05%	4.34%	4.63%	4.66 %	5.07%
1.23%	1.60%	1.70%	1.79%	1.83%	1.97%
<b>272.0</b>	<b>431.6</b>	<b>413.3</b>	<b>443.1</b>	<b>466.1</b>	<b>–</b>
0.06%	0.07%	0.07%	0.07%	0.07%	–

Die Schweiz hat das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) zur Berechnung des Bruttoinlandproduktes (BIP) übernommen. Das bisherige System wird ab 2012 nicht mehr weitergeführt. Dies bedeutet, dass alle Berechnungen mit Bezug auf das BNE seit Anfang 2013 nach dem neuen System erfolgen und als Folge davon das Verhältnis von APD zu BNE gesunken ist (für das Jahr 2013 wurde die APD-Quote von 0.47 auf 0.45% korrigiert). Das Verhältnis von APD zu BNE von 0.49% für 2014 entspricht deshalb der APD-Quote nach «neuer Berechnung».

Grafik 1

DIE SCHWEIZ IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2014  
(APD IN % DES BNE)

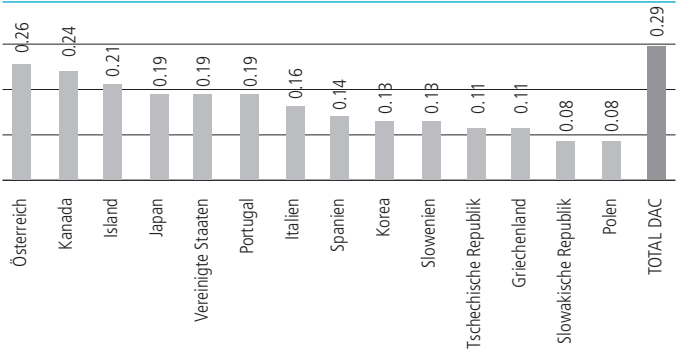


Provisorische Zahlen der OECD/DAC für alle DAC-Länder vom 8. April 2015.

Nach 2013, in welchem eine signifikante Erhöhung der APD stattfand, blieb die Gesamt-APD sämtlicher DAC-Länder im Jahr 2014 unverändert (135.2 Milliarden USD). Die Schweiz hat seit 2013 ihre APD/BNE Quote von 0.45% auf 0.49% gesteigert und bleibt im Vergleich mit den Mitgliedsländern des DAC auf dem 8. Rang. In absoluten Beträgen gemessen steigt sie jedoch auf den 11. Platz (2013: 12. Rang).

Zielvorgabe der UNO: 0.7%

Durchschnittliche Leistung der Mitgliedsländer des DAC: 0.39%



Fünf Länder (Schweden, Luxemburg, Norwegen, Dänemark und Grossbritannien) haben die Zielvorgabe von 0.7% übertroffen, welche die Vereinten Nationen im Jahr 1970 für die APD festgelegt hatten. Fünf weitere Länder (Niederlande, Finnland, Schweiz, Belgien und Deutschland) weisen APD-Quoten aus, welche über dem Durchschnitt der DAC-Länder von 0.39% liegen. Die APD aller EU DAC-Länder entspricht 0.42% des BNE.

*Tabelle 2*

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE (APD) DER SCHWEIZ  
2013–2014 (MIO. FR.)

<b>Bund</b>
<b>Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)</b>
Humanitäre Hilfe
Entwicklungszusammenarbeit
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
<b>Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)</b>
Entwicklungszusammenarbeit
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Darlehensrückzahlungen
<b>Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)</b>
Zivile Friedensförderung und Menschenrechte
Andere Beiträge
<b>Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)</b>
Swiss Investment Fund for Emerging Markets (SIFEM)
Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz
Andere Beiträge
<b>Staatssekretariat für Migration (SEM)</b>
Hilfe an Asylsuchende in der Schweiz
Rückkehrhilfe
<b>Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)</b>
Friedensfördernde Massnahmen und Sicherheit
<b>Bundesamt für Umwelt (BAFU)</b>
davon: Beiträge an internationale Organisationen
<b>Andere Bundesämter</b>
<b>Kantone und Gemeinden <sup>a</sup></b>
<b>Total APD</b>
<b>APD in % des Bruttonationaleinkommens (BNE)</b>

a Schätzung für 2014.

Der Anteil der Mittel der DEZA und des SECO an der APD der Schweiz hat sich nicht verändert (74%). Ebenso machen die Kosten für die Hilfe an Asylsuchende aus Entwicklungsländern während ihres ersten Aufenthaltsjahres in der Schweiz wie im Jahr 2013 14% der APD aus.

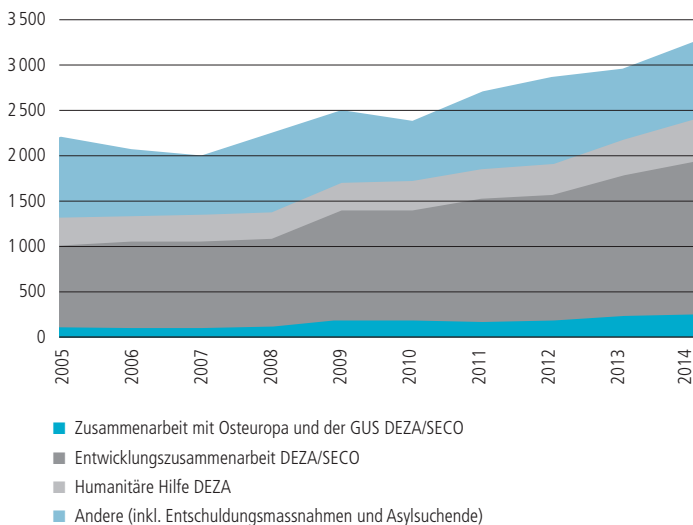


2014 <sup>p</sup>			2013 <sup>r</sup>		
APD bilateral	APD multilateral	Total APD	APD bilateral	APD multilateral	Total APD
2 511.9	679.2	3 191.0	2 267.0	643.7	2 910.6
<b>1 482.0</b>	<b>581.5</b>	<b>2 063.5</b>	<b>1 317.2</b>	<b>555.5</b>	<b>1 872.8</b>
411.1	51.4	462.5	346.8	39.6	386.4
923.3	529.2	1 452.5	842.1	515.2	1 357.2
147.7	0.8	148.5	128.3	0.8	129.1
<b>325.5</b>	–	<b>325.5</b>	<b>305.9</b>	–	<b>305.9</b>
246.4	–	246.4	220.8	–	220.8
90.9	–	90.9	88.2	–	88.2
-11.7	–	-11.7	-3.2	–	-3.2
<b>113.5</b>	<b>33.2</b>	<b>146.8</b>	<b>107.5</b>	<b>33.8</b>	<b>141.3</b>
75.0	18.7	93.7	69.9	17.6	87.5
38.5	14.5	53.0	37.6	16.2	53.8
<b>78.3</b>	<b>6.5</b>	<b>84.8</b>	<b>29.9</b>	<b>6.7</b>	<b>36.6</b>
70.6	–	70.6	22.4	–	22.4
6.4	–	6.4	6.4	–	6.4
1.3	6.5	7.8	1.1	6.7	7.8
<b>456.3</b>	–	<b>456.3</b>	<b>437.6</b>	–	<b>437.6</b>
442.4	–	442.4	417.3	–	417.3
13.9	–	13.9	20.2	–	20.2
<b>46.0</b>	–	<b>46.0</b>	46.1	–	<b>46.1</b>
46.0	–	46.0	46.1	–	46.1
<b>4.5</b>	<b>37.4</b>	<b>42.0</b>	<b>4.3</b>	<b>36.9</b>	<b>41.2</b>
3.3	37.4	40.8	3.2	36.9	40.0
<b>5.6</b>	<b>20.6</b>	<b>26.2</b>	<b>18.5</b>	<b>10.8</b>	<b>29.3</b>
55.0	–	55.0	55.2	–	55.2
<b>2 566.9</b>	<b>679.2</b>	<b>3 246.0</b>	<b>2 322.2</b>	<b>643.7</b>	<b>2 965.9</b>
		0.49%			0.45%

Wie schon im Vorjahr wurden 2014 keine Entschuldungsmassnahmen durchgeführt. Das Verhältnis zwischen bilateraler APD (79%) und multilateraler APD (21%) hat sich im Vergleich zu 2013 leicht verschoben (78% versus 22%).

Grafik 2

APD DER SCHWEIZ NACH HILFSKATEGORIEN 2005–2014  
(MIO FR.)

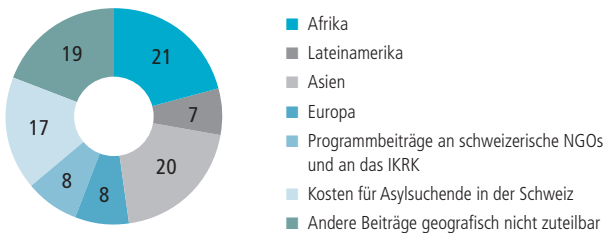


Ab 2004 wurden statistische Anpassungen eingeführt (siehe technische Anmerkungen, S.2), die das Wachstum der APD beeinflusst und die Anteile der verschiedenen Hilfskategorien über die Jahre verändert haben:

- Der Anteil der Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und des SECO mit den Ländern des Südens ist 2014 gegenüber 2013 leicht gesunken, dies nach einem Jahrzehnt des regelmässigen Anstiegs (von 42% im 2005, 49% im 2009 bis zu einem Maximum von 53% im Jahr 2013). 2014 erreicht der Anteil 52%.
- Der Anteil der humanitären Hilfe an der APD ist während der letzten zehn Jahre relativ stabil geblieben (zwischen 12% und 14%; 14% im 2014).
- Der Anteil der Ostzusammenarbeit der DEZA und des SECO (7% im Jahr 2014) bewegt sich seit 2009 auf einem Niveau zwischen 6% und 7%, etwas höher als der Durchschnitt von 4% in den Vergleichsjahren 2005–2008.
- Die Beiträge von anderen Bundesämtern, Kantonen und Gemeinden (12%) und die anrechenbaren Ausgaben für Asylsuchende (14%) machten im Jahr 2014 insgesamt 26% aus. Diese Kategorie von APD-Beiträgen ist sehr volatil und hat sich in den vergangenen 10 Jahren zwischen dem Maximalwert von 41% im Jahr 2005 und dem aktuellen Wert von 26% bewegt.

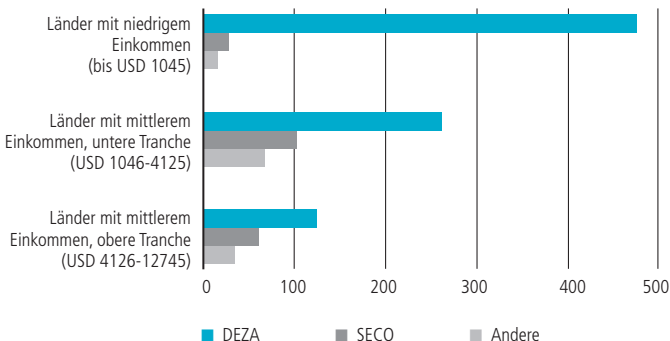
Grafik 3

### AUFTEILUNG DER BILATERALEN APD NACH KONTINENTEN 2014 (IN %)



Grafik 4

### BILATERALE APD NACH EINKOMMENSKATEGORIEN 2014 (MIO. FR.)



Siehe Liste der Empfängerländer nach Einkommenskategorien:

[www.oecd.org/dac/stats/daclist.htm](http://www.oecd.org/dac/stats/daclist.htm)

Tabelle 3

 GEOGRAFISCHE AUFTEILUNG DER BILATERALEN APD NACH  
 KONTINENTEN UND LÄNDERN 2013–2014 (MIO. FR.)

	2014 <sup>p</sup>	2013 <sup>r</sup>
<b>Afrika</b>	<b>541.3</b>	<b>525.2</b>
Mosambik	31.0	34.1
Mali	29.7	27.4
Tschad	26.9	19.3
Burkina Faso	25.1	35.8
Tansania	25.1	29.1
Niger	21.3	22.4
Ägypten	21.2	15.6
Südsudan	21.0	17.6
Somalia	17.8	12.6
Ghana	16.3	25.7
Tunesien	15.7	19.4
Benin	15.4	17.7
Kongo (D. R.)	14.4	22.4
Liberia	12.7	4.1
Simbabwe	12.1	18.1
Äthiopien	10.0	9.2
Südafrika	9.3	8.0
Burundi	8.6	10.4
Marokko	7.0	7.1
Zentralafrikanische Republik	6.7	3.3
Andere Länder	41.2	59.4
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	153.0	106.8
<b>Lateinamerika</b>	<b>174.4</b>	<b>188.7</b>
Bolivien	28.7	29.3
Kolumbien	19.7	22.2
Peru	17.5	20.1
Haiti	17.1	20.3
Honduras	16.7	18.5
Nicaragua	12.8	20.2
Kuba	10.1	8.5
Andere Länder	1.8	14.1
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	50.0	35.5

	2014 <sup>P</sup>	2013 <sup>r</sup>
<b>Asien</b>	<b>529.4</b>	<b>512.9</b>
Nepal	38.4	42.8
Syrien	34.6	19.7
Tadschikistan	32.6	27.5
Myanmar	28.8	20.1
Afghanistan	28.3	25.7
Gaza und Westbank	28.1	26.4
Vietnam	28.0	27.7
Bangladesch	26.3	33.4
Kirgisistan	25.9	22.5
Mongolei	20.0	18.5
Pakistan	18.7	16.9
Sri Lanka	17.3	10.9
China	16.0	11.1
Laos	15.5	22.8
Indonesien	15.5	22.9
Aserbaidtschan	13.7	5.3
Georgien	12.6	9.6
Irak	12.2	6.7
Kambodscha	10.7	9.0
Indien	10.6	10.2
Jordanien	7.9	13.5
Jemen	7.9	7.6
Nordkorea	7.4	10.1
Andere Länder	21.3	40.9
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	51.1	51.0
<b>Europa</b>	<b>212.1</b>	<b>192.0</b>
Kosovo	63.8	63.1
Ukraine	27.0	16.2
Bosnien und Herzegowina	24.4	21.2
Albanien	24.2	26.2
Serbien	16.3	17.4
Mazedonien	14.6	11.8
Republik Moldau	11.3	10.4
Andere Länder	2.7	1.8
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	27.9	23.9
<b>Andere Beiträge geografisch nicht zuteilbar</b>	<b>1 109.6</b>	<b>903.4</b>
<b>Total bilaterale APD</b>	<b>2 566.9</b>	<b>2 322.2</b>

*Tabelle 4*

MULTILATERALE APD DER SCHWEIZ  
NACH ORGANISATIONEN 2013–2014 (MIO. FR.)

<b>UNO-Organisationen</b>
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA) <sup>a</sup>
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)
UNO-Einheit für die Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN Women)
HIV/Aids-Programm der UNO (UNAIDS)
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)
Central Emergency Response Fund (CERF)
Welternährungsprogramm (WFP)
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO) <sup>b</sup>
Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)
UNO-Organisationen, Beiträge teilweise als APD anrechenbar <sup>c</sup>
Andere Organisationen der UNO
<b>Internationale Finanzierungsinstitutionen</b>
Internationale Entwicklungsagentur (IDA) <sup>d</sup>
Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF) <sup>d</sup>
Asiatischer Entwicklungsfonds (AsDF)
Weltbank
Andere Entwicklungsfonds und -banken
<b>Andere internationale Organisationen</b>
Globaler Umweltfonds (GEF)
Der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)
Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte Genf (DCAF)
Internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung Genf (GICHD)
Andere Institutionen
<b>Total multilaterale APD</b>

a Der allgemeine Beitrag an die UNFPA für 2013 wurde in zwei Tranchen ausbezahlt: 10.6 Mio Fr. im Jahr 2012 und 4.1 Mio Fr. im Jahr 2013.

b Ohne den allgemeinen Beitrag an die WHO, nur teilweise anrechenbar (siehe Fussnote c).

2014 <sup>p</sup>	2013 <sup>f</sup>
221.4	197.9
60.0	60.0
22.0	21.0
18.8	11.0
16.0	4.1
15.5	14.0
14.0	12.0
10.0	10.0
9.5	9.5
7.0	7.0
6.0	5.3
5.5	5.9
4.2	4.2
2.5	2.5
23.2	25.0
7.2	6.5
356.0	345.3
231.5	252.8
76.8	52.7
12.0	12.0
12.2	12.2
23.5	15.6
101.8	100.4
29.0	28.5
20.0	10.0
15.5	15.5
10.9	10.7
8.7	8.1
17.6	27.6
679.2	643.7

Die multilaterale APD umfasst die allgemeinen Beiträge der DEZA sowie Beiträge anderer Bundesämter an internationale Entwicklungsinstitutionen. Der Anteil der multilateralen APD der Schweiz erreichte 2014 21%, was unter dem Durchschnittswert der DAC-Länder liegt (30%).

Die Beiträge an internationale Nichtregierungsorganisationen (einschliesslich Internationales Komitee vom Roten Kreuz – IKRK) zählen zur bilateralen APD.

Die multilaterale Zusammenarbeit stützt sich auf drei Pfeiler: Wie in den Vorjahren hat sich die multilaterale APD auf die internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) konzentriert, jedoch zu einem niedrigeren Anteil (52% im Vergleich zu 54% im Jahr 2013). 33% der multilateralen APD flossen an die Organisationen der Vereinten Nationen, 15% an andere internationale Organisationen.

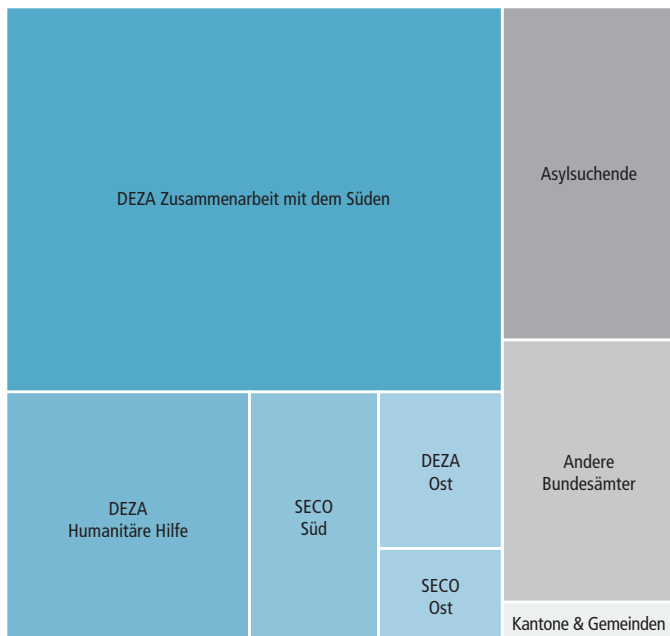
Gemäss den internationalen Richtlinien werden bei den IFIs die APD-Beiträge anlässlich der Ausgabe der hinterlegten Schuldverschreibungen verbucht und nicht zum Zeitpunkt der effektiven Auszahlungen. Dies erklärt sowohl die jährlichen Schwankungen als auch die Differenzen zur Staatsrechnung für die DEZA. Die Staatsrechnung verbucht die jährlichen Zahlungen mit Bezug auf früher hinterlegte Schuldverschreibungen.

c Angerechnete Prozentsätze gemäss DAC-Direktiven.

d Inklusiv multilateraler Entschuldungsinitiativen (MDRI).

*Grafik 5*

DIE VIER RAHMENKREDITE DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT UND DIE WEITEREN KOMPONENTEN DER APD



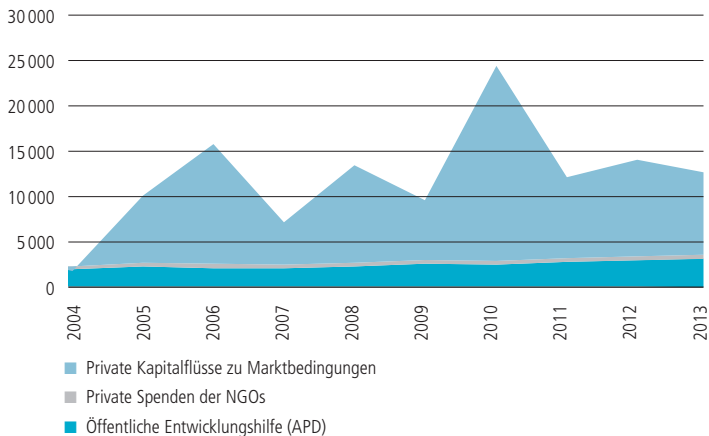
In dieser Grafik wird die Zusammensetzung der APD schematisch dargestellt. Die Hauptkomponenten sind im Verhältnis zu den Totalausgaben abgebildet.

Die APD umfasst im Wesentlichen die vier Rahmenkredite der internationalen Zusammenarbeit des Bundes (blau unterlegt in der Grafik). Hinzu kommen die Ausgaben anderer Bundesämter, der Kantone und Gemeinden und die Ausgaben für Asylsuchende gemäss internationalen Richtlinien.



Grafik 6

## NETTO FINANZFLÜSSE DER SCHWEIZ IN DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER 2004–2013 (MIO. FR.)



Der Kontext der Entwicklungsfinanzierung ist im Umbruch: Die Mittel ausserhalb der APD sind wichtiger geworden, eine grosse Anzahl der Entwicklungsländer haben Zugang zu diversifizierten Finanzierungsquellen.

Private Finanzmittel (vorwiegend Direktinvestitionen, garantierte Exportkredite) entsprechen ca. 80% der Netto-Finanzflüsse der Schweiz zugunsten der Entwicklungsländer.

Andere, in den DAC Statistiken nicht erfasste Finanzmittel, ergänzen diese, u.a. die workers' remittances. Die Überweisungen aus der Schweiz in Entwicklungsländer, die alle laufenden Geld- und Sachtransfers von gebietsansässigen privaten Haushalten an gebietsfremde private Haushalte enthalten, belaufen sich in den Jahren 2013 und 2014 auf knapp 2 Milliarden Franken jährlich. Dies ist mehr als das Doppelte der beiden vorhergehenden Jahre 2011 und 2012.



# AUSGABEN DEZA / SECO

Seiten 20–34



*Tabelle 5*

**ÜBERBLICK AUSGABEN DEZA UND SECO  
2010–2014 (MIO. FR.)**

**Gesamtausgaben DEZA**

Humanitäre Hilfe

Entwicklungszusammenarbeit

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

EU-Erweiterungsbeitrag

**Gesamtausgaben SECO**

Entwicklungszusammenarbeit

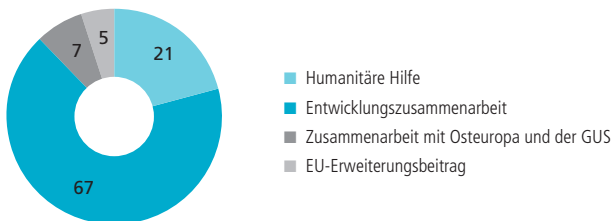
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

EU-Erweiterungsbeitrag

Die Tabelle und die Grafiken stellen die Resultate für die DEZA und das SECO (Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gemäss Staatsrechnung dar, ohne Rückflüsse. Die Operationen des SIFEM, welcher als Aktiengesellschaft des Bundes eine separate Buchhaltung führt, erscheinen nicht unter diesen Ausgaben.

*Grafik 7.1*

**DEZA-AUSGABEN NACH AUFGABENBEREICH 2014 (IN %)**



2010	2011	2012	2013	2014
<b>1 507.0</b>	<b>1 681.8</b>	<b>1 848.7</b>	<b>2 045.1</b>	<b>2 228.2</b>
314.9	336.1	337.7	387.2	463.0
1 066.9	1 204.4	1 338.8	1 419.5	1 496.8
106.7	105.4	109.0	129.1	148.5
18.5	35.9	63.2	109.3	119.9
<b>238.4</b>	<b>268.4</b>	<b>294.6</b>	<b>331.3</b>	<b>390.6</b>
161.2	194.6	208.5	217.3	242.9
59.6	60.0	72.0	88.2	90.9
17.6	13.8	14.1	25.8	56.7

Grafik 7.2

## SECO-AUSGABEN NACH AUFGABENBEREICH 2014 (IN %)

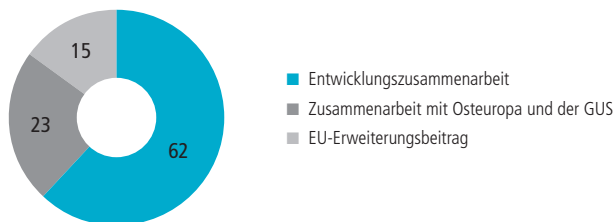


Tabelle 6

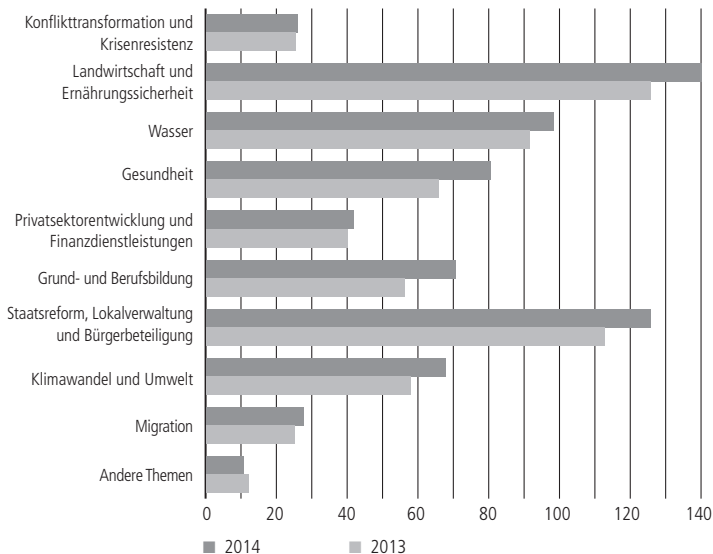
DEZA ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NACH  
SCHWERPUNKTLÄNDERN UND -REGIONEN 2013–2014 (MIO. FR.)

	2014	2013 <sup>a</sup>
<b>Schwerpunktländer und -regionen</b>	<b>496.9</b>	<b>478.1</b>
Mekong	59.1	49.8
Zentralamerika	37.9	42.3
Nepal	37.4	38.2
Hindukush	37.0	30.9
Grosse Seen	27.3	31.1
Bangladesch	26.0	29.5
Bolivien	25.8	24.5
Südliches Afrika	24.3	30.5
Tansania	23.5	22.8
Mosambik	23.3	23.0
Tschad	22.7	14.3
Mali	21.5	20.2
Mongolei	19.5	18.2
Niger	18.1	16.6
Horn von Afrika	16.9	8.1
Burkina Faso	16.6	21.3
Benin	15.3	15.3
Gaza und Westbank	14.0	14.0
Nordafrika	12.7	12.5
Kuba	9.4	8.2
Haiti	8.9	6.9
<b>Andere Aktivitäten</b>	<b>448.5</b>	<b>388.6</b>
Andere Länder und Regionen <sup>a</sup>	118.3	96.9
Programmbeiträge an NGOs	101.0	96.5
Thematische Mandate und Betriebskosten	229.2	195.2
<b>Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit</b>	<b>945.5</b>	<b>866.6</b>
<b>Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit</b>	<b>551.4</b>	<b>552.8</b>
<b>Total</b>	<b>1 496.8</b>	<b>1 419.5</b>

a Diese Kategorie beinhaltet Länder, in welchen globale Programme geführt werden (Peru, Indien, China).

### Grafik 8

## BILATERALE AUSGABEN DER DEZA ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT NACH THEMEN 2013–2014 (MIO. FR.)<sup>a</sup>



a Ohne Programmbeiträge an schweizerische NGOs, multisektorielle Aktivitäten und Betriebskosten.

Diese Grafik veranschaulicht die Zuweisung der Ressourcen zu den Themenbereichen, auf welche die DEZA ihre bilateralen Entwicklungsaktivitäten in den Jahren 2013 und 2014 konzentriert hat.

Mit den Globalprogrammen konzentriert sich die DEZA auf die Entwicklung von innovativen Lösungsansätzen im Bereich Klimawandel, Ernährungssicherheit, Migration und Entwicklung, Wasser sowie Gesundheit. Diese Programme haben keinen spezifischen geographischen Fokus, sondern werden dort implementiert, wo die grösstmögliche Wirkung erzielt werden kann.

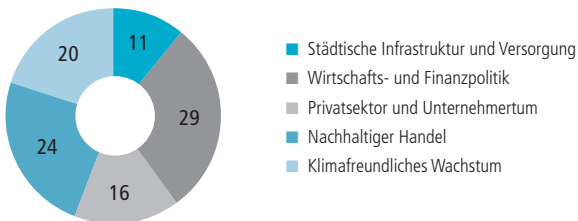
Tabelle 7

## SECO ENTWICKLUNGSSZUSAMMENARBEIT NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN 2013–2014 (MIO. FR.)

	2014	2013 <sup>a</sup>
<b>Schwerpunktländer</b>	<b>97.7</b>	<b>95.1</b>
Vietnam	19.1	16.5
Indonesien	18.2	14.3
Ghana	16.1	25.0
Ägypten	13.1	9.9
Peru	10.0	10.7
Südafrika	8.1	4.1
Tunesien	6.8	9.1
Kolumbien	6.3	5.5
<b>Verschiedenes</b>	<b>145.2</b>	<b>122.2</b>
Global-/ Regionalprogramme und andere Länder, verschiedene Beiträge <sup>a</sup>	131.2	111.8
Betriebskosten (ausgenommen Schwerpunktländer)	14.0	10.5
<b>Total</b>	<b>242.9</b>	<b>217.3</b>

a Bedeutende Programme wurden zur Ergänzung der DEZA-Tätigkeit in Burkina Faso, Mosambik und Tansania durchgeführt.

Grafik 9

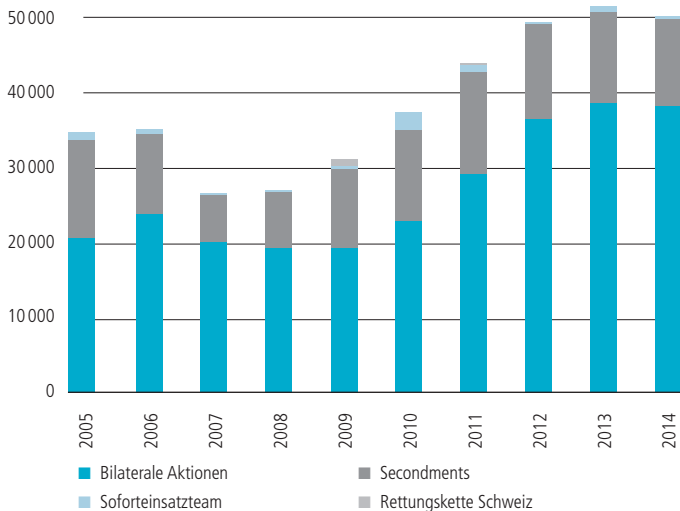
SECO ENTWICKLUNGSSZUSAMMENARBEIT NACH THEMEN 2014 (IN %) <sup>a</sup>

a Ohne Betriebskosten



Grafik 10

SCHWEIZERISCHES KORPS FÜR HUMANITÄRE HILFE (SKH):  
EINSATZTAGE IM AUSLAND 2005–2014



Grafik 11

HUMANITÄRE HILFE NACH AUFGABENFELDERN 2012–2014  
(IN %)

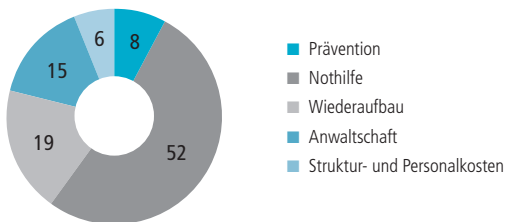


Tabelle 8

DEZA HUMANITÄRE HILFE NACH LÄNDERN UND  
EINSATZREGIONEN 2013–2014 (MIO. FR.)

	2014	2013 <sup>1</sup>
<b>Afrika</b>	<b>128.6</b>	<b>96.5</b>
Südsudan	17.7	12.5
Sudan	11.3	9.4
Kongo (D. R.)	8.8	9.0
Somalia	8.7	7.3
Liberia <sup>a</sup>	7.6	2.5
Mali	6.9	1.6
Äthiopien	6.7	5.8
Zentralafrikanische Republik	6.5	2.9
Marokko	5.2	3.5
Simbabwe	5.2	6.2
Kenia	5.2	5.2
Tschad	3.7	2.5
Algerien	3.6	2.3
Madagaskar	3.2	2.5
Niger	2.8	3.5
Libyen	2.0	0.1
Guinea	1.7	0.6
Elfenbeinküste	1.5	1.4
Burundi	1.5	2.3
Kamerun	1.3	0.1
Tunesien	1.3	0.2
Ägypten	1.1	0.1
Andere Länder	2.6	5.5
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	12.5	9.4
<b>Lateinamerika</b>	<b>27.6</b>	<b>22.0</b>
Kolumbien	10.9	9.3
Haiti	8.2	7.8
Bolivien	2.8	0.8
Andere Länder	2.3	1.6
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	3.4	2.5

	2014	2013 <sup>c</sup>
<b>Asien</b>	<b>110.9</b>	<b>104.0</b>
Syrien <sup>a b c</sup>	26.6	11.6
Gaza und Westbank <sup>b</sup>	13.3	9.9
Myanmar	10.2	7.7
Irak <sup>a</sup>	9.1	6.0
Jemen	7.4	7.2
Nordkorea	7.3	10.0
Afghanistan	5.6	4.9
Jordanien <sup>b</sup>	5.4	8.2
Libanon <sup>b</sup>	5.0	12.4
Sri Lanka	5.0	8.2
Pakistan	4.2	4.8
Georgien	3.9	3.3
Tadschikistan	2.1	1.6
Philippinen <sup>d</sup>	1.6	2.8
Andere Länder	2.6	4.0
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	1.6	1.4
<b>Europa</b>	<b>4.6</b>	<b>0.4</b>
Ukraine	2.5	–
Türkei	1.3	0.2
Andere Länder	0.2	0.2
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	0.5	–
<b>Andere Aktivitäten, nicht geografisch zuteilbar</b>	<b>191.3</b>	<b>164.4</b>
Allgemeiner Beitrag an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	80.0	70.0
Beiträge an internationale Organisationen	51.8	39.8
Programmbeiträge an NGOs	11.4	10.8
Verschiedene Beiträge und Administrativkosten	48.1	43.8
<b>Total</b>	<b>463.0</b>	<b>387.2</b>

a Weitere 22.5 Millionen Franken wurden im Jahr 2014 über den Kredit Entwicklungszusammenarbeit finanziert (Ebola-Epidemie in Liberia, 11.25 Mio. Fr., Krise in Syrien und Irak, 11.25 Mio. Fr.)

b Die allgemeinen Beiträge von 18.8 Mio. Fr. im Jahr 2014 an das UNRWA (2013: 9.8 Mio. Fr.) sind unter «Beiträge an internationale Organisation» erfasst. Davon gehen an: Gaza und Westbank, 8.4 Mio. Fr., Syrien, 4.7 Mio. Fr., Jordanien, 3.5 Mio. Fr., und Libanon, 2.2 Mio. Fr.

c Weitere 14 Millionen Franken wurden im Jahr 2013 über den Kredit Entwicklungszusammenarbeit finanziert.

d Weitere 2 Millionen Franken wurden im Jahr 2013 über den Kredit Entwicklungszusammenarbeit finanziert.

Tabelle 9

## PARTNER DER HUMANITÄREN HILFE DER DEZA 2014 (MIO. FR.)

<b>UNO-Organisationen</b>
Welternährungsprogramm (WFP)
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)
Andere UNO-Organisationen
<b>Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)</b>
<b>Andere Partner und direkte Aktionen</b>
Schweizer NGOs
Internationale Organisationen und ausländische NGOs
Direkte Aktionen des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und der Rettungskette
Privatsektor und Forschungsinstitute
Betriebs-, Personal- und Materialkosten
<b>Total Humanitäre Hilfe 2014</b>
Total Humanitäre Hilfe 2013

a 20 Mio. Fr. für schweizerische Milchprodukte und 14 Mio. Fr. für Getreide.

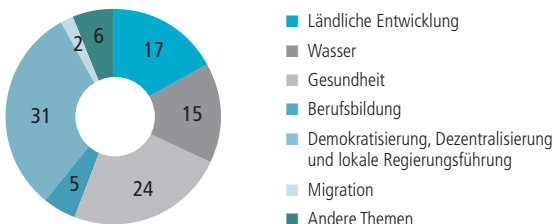
Allgemeine Barbeträge	Ausserordentliche Barbeträge	Nahrungsmittelhilfe	Total
51.3	87.1	26.1	164.4
6.0	29.3	26.1	61.4
15.5	19.9	–	35.4
9.5	14.0	–	23.5
18.8	1.1	–	19.9
–	8.9	–	8.9
1.5	13.8	–	15.3
80.0	57.1	–	137.1
0.5	153.0	7.9	161.4
–	27.0	5.3	32.3
0.5	45.5	1.4	47.4
–	39.9	1.2	41.1
–	2.8	–	2.8
–	37.9	–	37.9
<b>131.8</b>	<b>297.2</b>	<b>34.0<sup>a</sup></b>	<b>463.0</b>
109.8	243.4	34.0 <sup>a</sup>	387.2

Tabelle 10

## DEZA ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN UND -REGIONEN 2013–2014 (MIO. FR.)

	2014	2013
<b>Schwerpunktländer und -regionen</b>	<b>120.6</b>	<b>102.2</b>
Zentralasien	32.3	27.8
Südkaucasus	13.7	10.2
Bosnien und Herzegowina	12.9	10.5
Kosovo	12.7	12.2
Albanien	11.8	9.3
Republik Moldau	10.8	9.0
Serbien	10.3	9.2
Mazedonien	9.3	8.2
Ukraine	6.7	5.9
<b>Andere Aktivitäten</b>	<b>27.9</b>	<b>26.9</b>
Andere Länder und Regionen	12.6	12.4
Beitrag an IDEA	0.8	0.8
Programmbeiträge an NGOs	6.0	5.6
Verschiedene Beiträge und Administrativkosten	8.4	8.1
<b>Total</b>	<b>148.5</b>	<b>129.1</b>

Grafik 12

DEZA ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS NACH THEMEN 2014 (IN %) <sup>a</sup>

<sup>a</sup> Ohne Programmbeiträge an schweizerische NGOs, multisektorielle Aktivitäten und Betriebskosten.

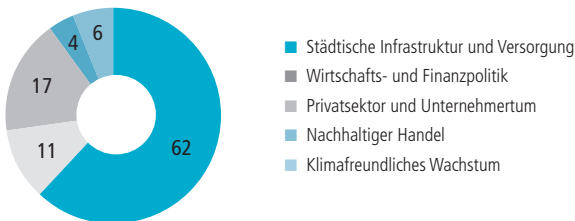
Tabelle 11

SECO ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS NACH SCHWERPUNKTLÄNDERN 2013–2014 (MIO. FR.)

	2014	2013
<b>Schwerpunktländer</b>	<b>81.8</b>	<b>75.8</b>
Tadschikistan	18.4	14.7
Kirgisistan	14.4	11.8
Albanien	12.3	16.2
Ukraine	11.6	9.7
Kosovo	8.7	7.1
Mazedonien	5.1	2.8
Bosnien und Herzegowina	4.6	3.0
Serbien	4.5	6.0
Aserbaidshan	2.3	4.4
<b>Verschiedenes</b>	<b>9.1</b>	<b>12.4</b>
Regionalprogramme und andere Länder	4.5	8.5
Betriebskosten (ausgenommen Schwerpunktländer)	4.6	3.9
<b>Total</b>	<b>90.9</b>	<b>88.2</b>

Grafik 13

SECO-ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA UND DER GUS NACH THEMEN 2014 (IN %) <sup>a</sup>



a Ohne Betriebskosten

Tabelle 12

## PARTNER DER DEZA FÜR BILATERALE AKTIVITÄTEN 2014 (MIO. FR.)

<b>Schweizer NGOs und Kompetenzzentren</b>
davon:
HELVETAS Swiss Intercooperation
Swisscontact
Schweizerisches Rotes Kreuz
Terre des Hommes, Lausanne
Caritas Schweiz
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)
MSF – Médecins sans Frontières
Solidar Suisse
Brot für Alle (BFA)
Swissaid
Fastenopfer
Enfants du Monde
Stiftung Kinderdorf Pestalozzi (SKP)
Education 21
Fédération genevoise de coopération (FGC)
<b>Schweizerische Universitäts- und Forschungsinstitutionen</b>
<b>Privater Sektor der Schweiz</b>
<b>Öffentlicher Sektor der Schweiz</b>
<b>UNO-Organisationen, multilaterale Aktionen</b>
<b>Internationale Finanzierungsinstitutionen, multilaterale Aktionen</b>
<b>Andere ausländische und internationale Organisationen</b>
davon: Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
<b>Organisationen des Südens und des Ostens</b>
<b>Total der Partner</b>
<b>Direkte Aktionen, Betriebskosten</b>
<b>Total 2014</b>
Total 2013 <sup>1</sup>



## Beiträge und spezifische Mandate

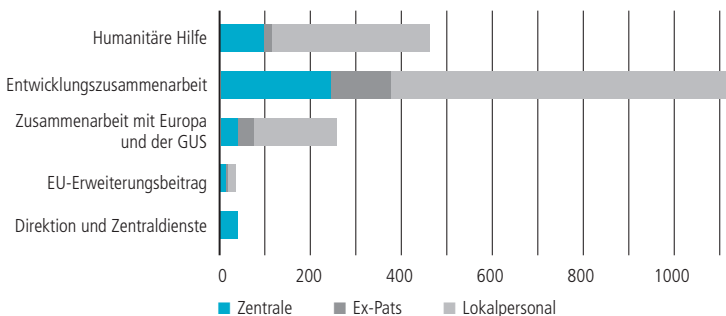
Progr. Beiträge <sup>a</sup>	Humanitäre Hilfe	Entwicklungs- zusammenarbeit	Ost- zusammenarbeit	Total <sup>b</sup>
118.1	21.9	111.2	14.9	266.1
10.7	1.2	46.1	9.0	67.0
4.3	0.4	22.7	0.2	27.6
9.8	4.4	0.5	3.0	17.7
10.5	1.4	1.6	–	13.5
11.1	1.1	–	–	12.2
7.6	–	–	1.8	9.4
5.7	2.3	–	–	8.0
3.9	-0.2	3.2	–	6.9
6.6	–	–	–	6.6
6.2	–	–	–	6.2
5.8	–	–	–	5.8
2.7	–	2.2	–	4.9
3.7	–	0.1	–	3.8
3.7	–	–	–	3.7
3.3	–	–	–	3.3
0.3	0.6	43.6	11.5	55.9
–	1.1	21.8	6.1	28.9
–	0.9	9.1	2.1	12.2
–	113.1	131.5	21.2	265.8
–	1.0	26.6	7.0	34.5
–	171.3	142.3	30.7	344.3
–	137.1	2.8	–	139.9
–	12.7	182.3	22.2	217.1
118.4	322.7	668.2	115.6	1 224.9
–	77.1	176.1	26.1	279.3
118.4	399.8	844.3	141.7	1 504.2
112.9	336.6	769.7	122.7	1 342.0

a Allgemeine Beiträge an NGOs für Entwicklungs- und Nothilfeprogramme in Süd- und Ostländern und an Kompetenzzentren für Sensibilisierungsaktivitäten.

b Exkl. EU-Erweiterungsbeitrag der DEZA (119.9 Mio. Fr. im Jahr 2014).

Grafik 14

## DEZA- UND SECO-PERSONAL PER ENDE 2014 (ANZAHL STELLEN)



Die DEZA finanzierte per 31. Dezember 2014 1717 Vollzeitstellen, 353 davon in der Schweiz. Von den 1364 Stellen im Ausland waren 1198 durch Lokalangestellte besetzt. Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO finanzierte 205 Vollzeitstellen, 90 davon an der Zentrale, 21 Stellen im Ausland und 94 Lokalangestellte.

## ANZAHL LAUFENDER PROJEKTE PER 31.12.2014

	DEZA	SECO
0.5–1.0 Mio Fr.	208	17
1.0–3.0 Mio Fr.	381	88
3.0–5.0 Mio Fr.	239	56
Ab 5.0 Mio Fr.	337	125
<b>Total</b>	<b>1165</b>	<b>286</b>

## ANZAHL VERTRETUNGEN IM AUSLAND PER 31.12.2014

	Total	mit DEZA Präsenz	mit SECO Präsenz
Kooperations- und Programmbüros	42	40	10
Integrierte Botschaften	17	17	7
Büros EU-Erweiterungsbeitrag	7	7	7
<b>Total</b>	<b>66</b>	<b>64</b>	<b>24</b>



## Impressum

Herausgeber:

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA  
**Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA**  
Freiburgstrasse 130  
3003 Bern  
Telefon +41 (0)58 462 44 12  
[www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch)  
[deza@eda.admin.ch](mailto:deza@eda.admin.ch)

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF  
**Staatssekretariat für Wirtschaft SECO**  
Holzkofenweg 36  
3003 Bern  
Telefon +41 (0)58 464 09 10  
[www.seco-cooperation.admin.ch](http://www.seco-cooperation.admin.ch)  
[info@seco-cooperation.ch](mailto:info@seco-cooperation.ch)

Redaktion/Koordination/Statistik:  
Direktionsstab DEZA  
SECO Kooperation

Grafik/Konzept:  
Julia Curty, SUPERSCRIPPT GmbH, Brügg b. Biel/Bienne  
[www.superscript.ch](http://www.superscript.ch)

Fotos:  
Titel und übrige: G.M.B. Akash/Panos

Druckerei:  
galledia ag  
9442 Berneck

Die Statistiken zum Jahresbericht sind in Deutsch,  
Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich.  
Weitere Exemplare können bestellt werden bei  
[deza@eda.admin.ch](mailto:deza@eda.admin.ch) oder über  
Telefon +41 (0)58 462 44 12